

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

\* \* \*

## COMECON- Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

### Einleitung

Der vor fast neun Jahren gegründete „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, der nach der englischen Bezeichnung „Council for Mutual Economic Assistance“ abgekürzt COMECON genannt wird, war schon von Anfang an als ein mächtiges Instrument der Integrierungspolitik Moskaus gedacht. Aber seine neunjährige Geschichte ist gleichzeitig die interessanter Umwandlungen: nicht in bezug auf seine Ziele, sondern vielmehr auf die Methoden und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und wirtschaftspolitischen Integrierung der volksdemokratischen Staaten.

Die direkten Motive der Gründung des COMECON sind in erster Linie im damaligen außenpolitischen Hintergrund zu suchen: 1947 wurde, wie bekannt, der Marshall-Plan angekündigt, der eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen für die Zusammenarbeit der europäischen Länder nach sich zog. Seine Hilfsleistungen bestanden einmal aus Konsumkrediten zur Behebung der Lebensmittelnot und zum zweiten aus langfristigen Dollarkrediten für die Ankurbelung der Produktion. Nicht nur die westlichen, sondern auch die volksdemokratischen Länder, die in den ersten Kriegsjahren besonders schwer unter großer Nahrungsnot zu leiden hatten, waren an Hilfeleistungen sehr interessiert. Wichtig ist noch, daran zu erinnern, daß im Jahre 1947 in der Tschechoslowakei — dem Lande, das von den Kriegereignissen am meisten verschont blieb — eine beinahe totale Mißernte zu verzeichnen war und daß auch dieses Land von einer Hungersnot bedroht war.

Obwohl die Regierung der Sowjetunion den Marshall-Plan bereits seit seiner ersten Ankündigung als Instrument der „amerikanischen Dollar-Expansion“ bezeichnete, neigten verschiedene osteuropäische Länder doch zu dessen Bejahung. Am 24. Juni 1947 erklärte der polnische Botschafter in Washington, Dr. Oskar Lange, daß Polen dem Marshall-Plan positiv gegenüberstehe. Daß auch der jugoslawische Außenminister Simitsch Verhandlungen über Wirtschaftsbeziehungen Jugoslawiens mit Westeuropa im Rahmen des Marshall-Planes mit Außenminister Marshall selbst führte, wurde am 13. November des gleichen Jahres bekannt. Dasselbe Datum trägt eine Associated-Press-Meldung über Verhandlungen des damaligen tschechoslowakischen Außenministers Jan Masaryk in Washington über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa. Die CSR hatte damals bereits für ihren Wiederaufbau Kredite bei der Export-Import-Bank und

bei der Weltbank beantragt und suchte nach einer Kompromißlösung, um unter Umständen auch ohne offizielle Teilnahme am Marshall-Plan dessen Hilfeleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Mit auffällender Nervosität versuchte die sowjetische Regierung auf verschiedene Weise diese Tendenzen zu unterbinden. Man veranlaßte einige volksdemokratische Länder zum Boykott der internationalen Konferenzen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die rumänische Regierung, welche zu dieser Zeit das blindeste Werkzeug Moskaus war, erklärte durch die Person Anna Paukers, daß „Vasallenbeziehungen,

### INHALT

#### Einleitung

#### I. Der COMECON in der Stalin-Ära

1. Handelsaustausch
2. „Gemischte Gesellschaften“
3. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

#### II. Die Übergangsperiode des COMECON: 1953 bis 1956

#### III. Der COMECON heute

1. Sessionen, Beschlüsse und organisatorische Veränderungen
2. Die Rolle des Handels
3. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

#### IV. Die organisatorische Struktur des COMECON

#### Zusammenfassung

wie sie der sogenannte Marshall-Plan schafft, nicht in Frage kommen“. Die sowjetische Presse schrieb von einer „Bedrohung der Souveränität der Völker“ durch diesen Plan.

Inzwischen hatte sich die Situation auch insofern kompliziert, als auch einige amerikanische Politiker die Bestrebungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, sich in irgendeiner Form am Marshall-Plan zu beteiligen, mit Mißtrauen betrachteten. Am 13. November 1947,

wärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses gegen eine Fortsetzung wandte sich der amerikanische Handelsminister Harriman vor dem Ausvon Hilfeleistungen an solche europäische Länder, die unter dem Einfluß der Sowjetunion standen. Der amerikanische Senator Vandenberg schlug vor, daß die Ostblockstaaten Lieferungen von Nahrungsmitteln mit Uran bezahlen sollten, was natürlich von östlicher Seite als unmögliche Forderung bezeichnet wurde<sup>1)</sup>.

Unter diesen Gegebenheiten entwickelten sowjetische Theoretiker den Gedanken über einen Zusammenbruch des Weltmarktes und eine Spaltung in einen „kapitalistischen“ und einen „demokratischen Markt“. Molotow erklärte, ein System bilateraler Verträge für gegenseitige Wirtschaftshilfe werde in den Ostblockstaaten in Kraft treten, und auf dieser Basis wurde die Schaffung engerer Formen für eine wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Länder von der Sowjetunion immer konsequenter verfolgt.

Im Hintergrund der Ereignisse, die zur Gründung des COMECON führten, spielte auch das mißlungene Experiment Moskaus der Gründung einer kommunistischen Zentrale für die osteuropäischen Länder im September 1947 eine ausschlaggebende Rolle. Die Tagespresse veröffentlichte in den ersten Oktobertagen des Jahres 1947 einen Bericht über eine Informationskonferenz der Vertreter der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns, Polens, der Sowjetunion, sowie Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens, auf welcher die Bildung eines Informationsbüros in Belgrad beschlossen wurde, das unter dem Begriff „Kominform“ bekannt ist. Bereits im März 1948 entstand eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad, und nach einer regen Korrespondenz zwischen beiden Regierungen und kommunistischen Parteien kam es schließlich am 28. Juni 1948 zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform und zur Veröffentlichung der bekannten „Jugoslawischen Resolution“ des Kominform-Büros. Durch den Ausschluß Jugoslawiens wurde die Krise innerhalb des Kominform jedoch nicht beseitigt, sondern im Gegenteil weitgehend verschärft. Aus der heutigen Perspektive läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß ungefähr zur selben Zeit, als der Gedanke zur Bildung des COMECON reif geworden war, Stalin einen neuen Kurs gegenüber den volksdemokratischen Ländern eingeleitet hatte, der übrigens auch eine Konsequenz des Kominform-Mißerfolges darstellte: in jedem Land wurde eine Ein-Mann-Herrschaft errichtet, und überall waren „kleine Stalins“ für die politische Sicherheit und das Funktionieren der Wirtschaft verantwortlich und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

Mitte Januar 1949 wurde schließlich in Moskau in Anwesenheit von Vertretern der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ — COMECON — gegründet. Am 25. Januar 1949 veröffentlichte die sowjetische Tagespresse diesbezüglich folgendes Kommuniqué<sup>2)</sup>:

*„Im Januar dieses Jahres fand in Moskau eine Wirtschaftskonferenz der Vertreter Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der UdSSR und der Tschechoslowakei statt.*

*Die Konferenz stellte die auffallenden Erfolge in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den obenerwähnten Ländern fest, die sich in erster Linie in Form eines wachsenden Handelsaustausches zeigte. Dank der Festlegung der erwähnten wirtschaftlichen Beziehungen und der Verwirklichung einer Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhielten die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion die Möglichkeit einer*

*Beschleunigung des Aufbaus und der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft.*

*Die Konferenz stellte fest, daß die Regierungen der USA, Englands und einiger anderer Länder Europas in Wirklichkeit die Handelsbeziehungen mit den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion boykottieren, da diese Länder es unmöglich finden, sich dem Diktat des Marshall-Planes unterzuordnen, weil dieser Plan die Souveränität der Länder und die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft verletzt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache beriet die Konferenz das Problem der Schaffung einer Organisation zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion auf breiter Basis.*

*Für die Verwirklichung einer Zusammenarbeit der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion auf breiter Basis hielt es die Konferenz für notwendig, den ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ aus den Vertretern der Länder — d. h. den Mitgliedern der Konferenz — auf Basis einer Gleichberechtigung mit der Aufgabe des Austausches von wirtschaftlichen Erfahrungen, der Leistung technischer Hilfe von Freund zu Freund und der Leistung gegenseitiger Hilfe mit Rohstoffen, Konsumgütern, Maschinen, Ausrüstungen usw., zu gründen.*

*Die Konferenz stellte fest, daß der ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ eine offene Organisation darstellt, in welche auch andere Länder Europas, die mit den Prinzipien des Rates einverstanden sind und eine ökonomische Zusammenarbeit auf breiter Basis mit den obenerwähnten Ländern wünschen, beitreten können.*

*Der Rat wird sich auf den periodischen Sitzungen abwechselnd im Falle einer Zustimmung der interessierten Seiten fassen.*

*Der Rat wird sich auf den periodischen Sitzungen abwechselnd in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten unter den Vorsitz der Vertreter des Landes, in dessen Hauptstadt die Sitzung stattfindet, versammeln.“*

Dem Rat ist später im Februar 1949 Albanien und am 29. September 1950 die DDR beigetragen<sup>3)</sup>.

Ziemlich undurchsichtig ist die Stellung Jugoslawiens zum ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘. Aus dem am 1. und 11. Februar erfolgten Notenaustausch zwischen der sowjetischen und der jugoslawischen Regierung kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß sich Jugoslawien eifrig um eine Teilnahme an der Moskauer Gründungskonferenz des COMECON bemühte, trotz dieser Bemühungen jedoch nicht eingeladen wurde. Die sowjetische Note an die jugoslawische Regierung vom 11. Februar stellte fest, daß „der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf breiter Basis für diejenigen Länder gegründet wurde, die in den Beziehungen von Freund zu Freund eine ehrliche und freundschaftliche Politik führen“. Die Note weist auf „jugoslawische Provokationen“ gegenüber der Sowjetunion hin und stellt als Vorbedingung für die Aufnahme Jugoslawiens in den Rat den „Verzicht der jugoslawischen Regierung auf eine feindselige Politik gegenüber der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern und die Rückkehr zur alten Freundschaftspolitik“<sup>4)</sup>.

Erst später, nach dem Jahre 1953, nahmen an den Sitzungen des Rates Vertreter der Volksrepubliken China, Korea und der Mongolei teil, letzthin auch aus Nordvietnam. Während den Sitzungen vom Dezember 1955 und vom Mai 1956 waren jugoslawische Beobachter zugelassen.

3) Gemäß Boris Meissner: ‚Rußland, die Westmächte und Deutschland‘, Hamburg 1953, S. 236—37. Diese Quelle muß man für das Datum als zuverlässig betrachten; die sowjetischen Quellen geben verschiedene Zeitpunkte für den Beitritt der DDR an, z. B. steht in ‚Bolschaja Sowjetskaja Encyklopedia‘, Band VIII, S. 291, daß sich die DDR erst im Oktober 1957 dem COMECON anschloß.

4) Genauere Information über beide Noten in der ‚Prawda‘ vom 12. Februar 1949, S. 3 — dabei wurde die jugoslawische Note nur in abgekürzter Form gebracht, die sowjetische dagegen im vollen Wortlaut. In der jugoslawischen Note wurde die „Verwunderung“ darüber ausgedrückt, daß Jugoslawien nicht zur Moskauer Konferenz eingeladen wurde und dies als ein „Diskriminierungsakt“ bezeichnet.

1) Genauere Angaben über den Marshall-Plan und die damaligen Verhandlungen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit siehe ‚Europa-Archiv‘ Oktober 1947, S. 913—921, sowie ‚Europa-Archiv‘ Februar 1948, S. 1131—1142.

2) ‚Prawda‘ und ‚Iswestija‘ vom 25. Januar 1949. Die volksdemokratische Presse brachte am gleichen Tage ein Communiqué übereinstimmenden Wortlautes. Da bei verschiedenen Artikeln über den COMECON der Wortlaut dieses Communiqués vom Originaltext abweicht und in einigen Fällen völlig freie Versionen enthielt, wird ausdrücklich betont, daß der hier zitierte Text eine wörtliche Übersetzung nach ‚Prawda‘ vom 25. 1. 1949, S. 3, darstellt.

Die neunjährige Geschichte des COMECON muß in drei ziemlich unterschiedliche Etappen eingeteilt werden:

I. Die erste davon, die von 1949 bis 1953 währte, kann man als Stalin-Ära bezeichnen — zu dieser Zeit war der Rat fast ausschließlich eine von Moskau gesteuerte riesige Handelsorganisation.

II. Zwischen 1953 und 1956 trat eine Übergangszeit ein, während welcher der COMECON ein völlig neues Gesicht erhielt.

III. Von 1956 bis heute ist der Rat in ein neues Stadium eingetreten, in welchem er sich endgültig in ein Instrument der wissenschaftlichen Großraumplanung und Koordinierung umwandelte.

## I. Der COMECON in der Stalin-Ära

Eine der wichtigsten Aufgaben des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ während der gesamten Stalin-Ära war die Bildung und Festigung des vom Westen losgelösten Wirtschaftsmarktes der Ostblockstaaten. Das theoretische Parteiorgan der KP der Sowjetunion, ‚Bolschewik‘ Nr. 6 vom März 1950, schrieb ganz offen über die damalige Lage:

„Es entsteht eine dauerhafte Barriere, welche die Länder der Volksdemokratien vom Einfluß der Wirtschaftskrise, welche die kapitalistische Welt ergreift, und von den Folgen der Unstabilität des Geldumlaufes und der Entwertung der Währungen in den kapitalistischen Ländern fernhält.“

Dieses Ziel erreichte Moskau damals tatsächlich mit Hilfe des COMECON. Die Ostblockstaaten wurden von der westlichen Wirtschaftswelt isoliert und ihr Handel immer mehr in Richtung der Sowjetunion gelenkt.

Das zweite Ziel, welches damals vom Rat verfolgt wurde, war die Verwirklichung der Parole „mehr produzieren!“. Da die These über einen vordringlichen Ausbau der Schwerindustrie in einzelnen volksdemokratischen Ländern vom jeweiligen prokommunistischen Regime bereits akzeptiert war, reduzierte sich obige Forderung, wenigstens in den ersten Jahren der COMECON-Tätigkeit, auf die Hilfe der Sowjetunion für den Ausbau der Schwerindustrie in den einzelnen Ländern in Form einer Lieferung von Rohstoffen und Fabrikaurüstungen.

Bei der Verwirklichung dieser Ziele entwickelten sich in der Stalin-Ära des COMECON folgende Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit<sup>5)</sup>:

1. Forcierter Handelsaustausch zwischen den einzelnen Partnern
2. ‚Gemischte Gesellschaften‘
3. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

### 1. Handelsaustausch

Eine Forcierung des Handelsaustausches zwischen den volksdemokratischen Ländern untereinander und mit der Sowjetunion blieb bis 1953 die wichtigste Aufgabe der COMECON-Tätigkeit. Bereits 1950 entfielen zwei Drittel des Handelsumsatzes der Volksdemokratien Europas auf den Handel mit der Sowjetunion oder untereinander und nur ein Drittel auf den mit der kapitalistischen Welt. Zur gleichen Zeit bildete der Handel mit der Sowjetunion durchschnittlich mehr als 50 % des Außenhandelsumsatzes jedes einzelnen volksdemokratischen Landes. Nur während der vier Jahre von 1947–50 wurde der Warenumsatz der UdSSR mit der Tschechoslowakei um das Fünffache, mit Polen um das Doppelte, mit Ungarn fast um das Fünffache, mit Rumänien um das Vierfache und mit Bulgarien um mehr als das Doppelte erhöht<sup>6)</sup>.

Charakteristisch für die Entwicklung der durch den COMECON gesteuerten Handelsbeziehungen der Partner untereinander ist nicht nur eine große Tendenz zur Verstärkung des gegenseitigen Handelsaustausches, sondern vor allem die immer stärkere Erweiterung der Position der Sowjetunion im Außenhandel der einzelnen Mitgliedstaaten.

Während bis zum zweiten Weltkrieg der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Südosteuropas unbedeu-

tend war und das spezifische Gewicht der Sowjetunion im gesamten Außenhandel Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Ungarns, Rumäniens und Albaniens zusammengenommen nicht mehr als 1 % betrug, so änderte sich diese Situation nach 1945 grundlegend: 1951 war der Handelsaustausch der Sowjetunion mit der Tschechoslowakei auf 60,5 % gegenüber 55,5 % im Jahre 1949 und im Falle Bulgariens sogar auf 80 % angestiegen<sup>7)</sup>.

Aus nachstehender Tabelle ist die prozentuale Entwicklung des spezifischen Gewichtes der Sowjetunion und anderer volksdemokratischer Länder im Außenhandel der erwähnten Länder ersichtlich<sup>7)</sup>:

Entwicklung des Handelsumsatzes

	1937	1948	1949	1950
Albanien	4,8	38,3	100	100
Bulgarien	9,6	74,5	82,3	88,2
Ungarn	13,3	34,1	46,5	61,4
Polen	7,1	34,4	43,3	59,2
Rumänien	17,7	70,6	81,8	83,3
Tschechoslowakei	11,2	30,2	45,5	53,0
durchschnittlich	11,7	38,5	51,5	62,2

Diese Tabelle enthält übrigens ab 1949 auch die Handelsumsätze mit der DDR. Das spezifische Gewicht des Handels der DDR mit der Sowjetunion und anderen volksdemokratischen Ländern machte 1950 82,7 % des gesamten Außenhandels der DDR aus<sup>8)</sup>.

Was die Struktur der sowjetischen Lieferungen nach den volksdemokratischen Ländern in dieser Etappe des Rates anbelangt, so lag das Hauptgewicht bei Rohstoffen, Industrieausrüstungen und Maschinen. So z. B. machten die Lieferungen von Rohstoffen und Maschinen an Bulgarien im Jahre 1948 70 % der sowjetischen Lieferungen im Rahmen der laufenden Handelsbeziehungen oder Kredite an dieses Land aus. Rohstoffe und Halbfabrikate betrugen 97 % der tschechoslowakischen Importe aus der Sowjetunion im Jahre 1949. Im nächsten Jahr erhielt Polen aus der Sowjetunion 80 % seines gesamten Baumwoll- sowie 65 % seines Eisenerz-, 40 % des Chromerz- und 100 % seines Manganerzbedarfes<sup>10)</sup>. Einen großen Prozentsatz des sowjetischen Exportes in die volksdemokratischen Länder bildeten nicht nur Betriebsausrüstungen, sondern auch die Erstellung kompletter Fabriken. Russische Quellen aus dieser Zeit betonen, daß es die Hauptaufgabe dieser Lieferungen war, den schnellen Aufbau der übrigen volksdemokratischen Industrie zu unterstützen. Dank der Hilfe der Sowjetunion wurden nicht nur die Kriegsschäden in den einzelnen Ostblockstaaten schnell behoben — es entstanden auch zahlreiche für diese Länder bis dahin völlig unbekannte Industriezweige, hauptsächlich in der Schwer- und chemischen Industrie<sup>11)</sup>.

Der allgemeine Warenaustausch zeigte während der Stalin-Ära des COMECON weiterhin folgende Charakteristika: Hauptlieferant von Kohle für alle COMECON-Partner war Polen. Von der Gesamtheit

5) ‚Bolschewik‘ Nr. 6, 1950, S. 10 und 11.

6) ‚Bolschewik‘ Nr. 22, November 1951, S. 49 und 50.

7) ‚Bolschaja Sowjetskaja Encyklopedia‘ Bd. VIII, S. 290.

8) ibid. S. 291.

9) ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 3, 1952, S. 25.

10) ‚Bolschaja Sowjetskaja Encyklopedia‘ Bd. VIII, S. 290.

11) ‚Voprossy ekonomiki‘, Nr. 3, 1952, S. 26.

seines Kohlenexportes, der grob gerechnet ungefähr 30 Millionen Tonnen jährlich betrug, gingen ein Drittel an die Sowjetunion, ein weiteres Drittel verteilte sich auf verschiedene volksdemokratische Länder (die Kohlen- und Koksversorgung der DDR übernahm in dieser Zeit die Sowjetunion selbst), während das letzte Drittel in westeuropäische Länder ging. Rumänien war der Hauptlieferant für flüssige Brennstoffe, hierfür war Polen erster Abnehmer; auch die Sowjetunion beteiligte sich an der Ölversorgung der CSR, der DDR und der Balkanländer. Was Roheisen und Stahl anbelangt, so kam der Sowjetunion als Lieferant von Erzen im Handelsaustausch der COMECON-Partner eine ausschlaggebende Rolle zu. Auch andere Erze und Metalle wie z. B. Mangan stammten ausschließlich aus der Sowjetunion.

Wie bereits erwähnt, war in den ersten Nachkriegsjahren und auch ungefähr bis 2 — 3 Jahre vor Stalins Tod die Sowjetunion der wichtigste Maschinenlieferant für alle COMECON-Partner. So besaßen z. B. Rumänien und Bulgarien noch im Jahre 1953 keine für den Export verfügbaren Maschinen. Aber im allgemeinen hatte sich bereits um 1950 die Lage in der Maschinenindustrie der COMECON-Länder wesentlich verändert. Polen, das 1949 nur 2,4 % Maschinen für Exportzwecke besaß, konnte diesen Prozentsatz im Jahre 1953 bereits auf 12,3 % seines gesamten Exportes erhöhen. Nur bei der CSR und der DDR machten Maschinen einen größeren Exportanteil aus. Diese beiden Länder waren auch neben der Sowjetunion zwischen 1949 und 1953 die Hauptlieferanten von Erzeugnissen der Maschinenbauindustrie für alle übrigen Mitgliedstaaten. Sie trugen auch die Hauptverantwortung für die Belieferung der volksdemokratischen Länder mit Maschinen für die Elektroindustrie, die chemische Industrie, sowie für die Lieferung von verschiedenartigen Maschinenwerkzeugen. Die DDR wurde in dieser Zeit mit zusätzlichen Aufgaben betraut, nämlich mit der Lieferung von Präzisionsinstrumenten.

Verschiedene Erzeugnisse der Leichtindustrie und besonders elektrische Ausstattungen gehörten zur Sonderaufgabe der ungarischen Industrie, Polen dagegen spezialisierte sich in der Lieferung von Eisenbahnwaggons.

In der Charakterisierung der damaligen Handelsbeziehungen darf der Handel mit Lebensmitteln nicht übersehen werden. Zwei COMECON-Partner, Polen und die CSR, sind ausgesprochene Lebensmittelimporteure — andere Staaten waren Selbstversorger und vermochten sogar landwirtschaftliche Überschüsse zu exportieren. Zu dieser Zeit führte die Sowjetunion aus verschiedenen volksdemokratischen Ländern ziemliche Mengen landwirtschaftlicher Produkte, z. B. Weizen und Tabak aus Bulgarien, Fleisch aus Rumänien, Zucker aus der CSR und Polen ein.

Was die Konsumgüter anbelangt, so waren die DDR, die CSR und Polen für die Versorgung des COMECON-Raumes verantwortlich. Es handelte sich dabei in erster Linie um Textilien, Ledererzeugnisse, Glaswaren, Keramik und Möbel. Die ziemlich hoch entwickelte Textilindustrie in den volksdemokratischen Ländern war völlig von den sowjetischen Lieferungen an Rohbaumwolle abhängig — aus verschiedenen Quellen ergibt sich, daß vier Fünftel von deren Baumwollimporten aus der UdSSR stammen<sup>12)</sup>.

Zum Verständnis des wahren Charakters des durch den COMECON stark forcierten Handelsaustausches zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion ist es wichtig, auf die sowjetische Preispolitik und den durch den COMECON festgelegten Abrechnungsmodus hinzuweisen.

Theoretisch sollten auf dem sozialistischen Markt einheitliche Preise gelten, welche von konjunkturellen Schwankungen auf dem kapitalistischen Markt unabhängig sind. Diese These, welche im Falle ihrer Verwirklichung tatsächlich die Genesung der Wirtschaft der Partner des Rates hätte herbeiführen können, war ein propagandistischer Bluff, was

12) Das gesamte Material stammt aus der Auswertung verschiedener sowjetischer Quellen. Genauere Angaben über die Struktur des Handelsaustausches der COMECON-Partner und des sowjetischen Anteils u. a. in „Bolschewik“ Nr. 6, 1950, Artikel von I. Dudinskij „Ökonomische Zusammenarbeit der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder“, hauptsächlich S. 11. Verschiedene Angaben stammen auch aus dem empfehlenswerten Artikel des polnischen Exilexperten A. Zaubermann „Der sowjetische Handelsbereich“ in „Polish Affairs, Monthly Bulletin“, Nr. 78, Juli/August 1952, London.

— wie wir noch erwähnen werden — sogar von sowjetischen offiziellen Stellen später bestätigt wurde. Den ausbeuterischen Charakter der Politik des Rates gegenüber den volksdemokratischen Ländern kann man am besten aus den sämtlichen von Moskau diktierten Preisen ablesen. In vielen Fällen lagen diese, besonders bei Brennstoffen, die aus Polen und Rumänien stammten, weit unter den damaligen Weltmarktpreisen, und gleichzeitig lieferte die Sowjetunion ihrerseits Rohstoffe und Halbfabrikate zu Preisen, die in vielen Fällen als Wucher bezeichnet zu werden verdienen. Die größte Übervorteilung mußte Polen in Zusammenhang mit seinen Steinkohlenlieferungen nach der Sowjetunion über sich ergehen lassen: Aus verschiedenen Quellen ergibt sich, daß zwischen 1946 und 1953 Polen ca. 49,5 Millionen Tonnen Kohle gemäß dem Handelsvertrag mit der Sowjetunion vom 16. August 1945 liefern mußte. Es handelte sich dabei um ein Reparationsabkommen über die Entschädigung für durch die deutsche Besatzung verursachte Schäden, in welchem die Sowjetregierung Polen als Gegenleistung für Nichtdemontage von Kohlenbetrieben in den Oder-Neiße-Gebieten zu Kohlenlieferungen zu sogenannten „Konzessionspreisen“ verpflichtete. Übrigens versuchte Moskau damals eine sowjetisch-polnische „Gemischte Gesellschaft“ zur Ausbeutung der schlesischen Kohle zu gründen, und als die polnische Regierung ernste Einwände gegen dieses Projekt vorzubringen wagte, änderte Moskau diesen Plan in Form von Zwangslieferungen von Kohle nach der Sowjetunion zu „Konzessionspreisen“ von 1,25 Dollar pro Tonne ab. Zu dieser Zeit betrug der Exportpreis für polnische Kohle 18 Dollar pro Tonne, loco polnische Häfen. Und die Exportpreise, die in diesen Jahren im Handelsaustausch zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion galten, lagen durchschnittlich bei ca. 11,8 Dollar (der höchste Preis wurde 1953 mit 14,3 Dollar gezahlt). Wenn wir auf die polnischen Kohlen-Zwangslieferungen von 1946 — 1953 zurückkommen, so müssen wir feststellen, daß die polnische Regierung damals von der UdSSR ca. 57 Millionen anstatt 582 Millionen Dollar erhielt, welche sie normalerweise bei den damaligen im Ostblock geltenden Exportpreisen hätte zahlen müssen! Diese ausbeuterische Politik Moskaus gegenüber Polen ruinierte schon von den ersten Nachkriegsjahren an die polnische Volkswirtschaft. Warschau war in dieser Zeit gezwungen, den Moskauer Forderungen nachzugeben, aber als es 1956 im Oktober zur bekannten Gomulka-Wendung kam, wurde dieses Problem auf die Tagesordnung gesetzt, und während der Gespräche zwischen polnischen und sowjetischen staatlichen- und Partei-Delegationen im November 1956 mußte Moskau den ausbeuterischen Charakter der damaligen sowjetischen Preispolitik gegenüber Polen offiziell zugeben: In einer Erklärung wurde festgestellt, daß die Sowjetunion bereit war, den Stand der Verschuldung Polens von Ende 1956 als Äquivalent „zur Deckung des vollen Wertes der Kohle, die in den Jahren 1946 — 1953 der Sowjetunion aufgrund des Vertrages vom 16. 8. 1945 geliefert wurde“ abzuschreiben<sup>13)</sup>.

Auch die Preise für die übrigen sowjetischen Lieferungen nach Polen und anderen volksdemokratischen Ländern waren sehr hoch und entsprachen in keiner Weise den Preisen, die in diesem oder jenem Staate Inlandsgeltung hatten. Die CSR mußte z. B. in diesen Jahren für eine Tonne sowjetischen Getreides 6.100 Kronen zahlen, während sich die Preise für kanadisches Getreide einschließlich Transportkosten auf ca. 5.450 Kronen beliefen. Ein anderes Beispiel bildeten die sowjetischen

13) Die Erklärung über die polnisch-sowjetischen Gespräche vom November 1956 in „Trybuna Ludu“ vom 19. 11. 1956. Interessante Angaben darüber auch im Artikel von A. Zaubermann „Der sowjetische Handelsbereich“, in „Polish Affairs, Monthly Bulletin“, Nr. 78, Juli/August 1952, London.

Eine andere ausbeuterische Praxis Moskaus gegenüber Polen war zur Stalin-Zeit die Nichtbezahlung der Transitkosten. Auch dieses Problem wurde nach der Gomulka-Wendung auf die Tagesordnung gesetzt, es hat aber den Anschein, daß nicht nur im November 1956, sondern auch heute noch nicht die Verluste aus dieser Zeit ausgeglichen sind. Deren Ausmaß können wir aus den Angaben ersehen, welche offizielle polnische Quellen über das Einkommen aus dem Transit für 1957 machen. „Trybuna Ludu“ vom 11. Mai 1958 schrieb, daß dieses Einkommen 236 Millionen Rubel betrug. Obgleich diese Summe auch den Transit nach der CSR, der DDR und der Bundesrepublik sowie Frankreich und Schweden enthält, muß man annehmen, daß über 50 % davon auf die Sowjetunion entfallen. Während der November-Gespräche von 1956 hat Gomulka lediglich erreicht, daß ab 1957 feste Transitgebühren, dem internationalen Tarif gemäß, auch für die Sowjetunion Gültigkeit besitzen.

Rohlederlieferungen an die CSR, gemäß welchen manchmal fertige Schuhe billiger waren als das Rohmaterial<sup>14</sup>).

Die durch Moskau diktierte ausbeuterische Preispolitik wurde 1950 noch dadurch verstärkt, daß die sowjetische Regierung im März beschloß, den Wert des Rubels zu erhöhen und gleichzeitig seinen Kurs auf Goldwährung umzustellen. Man legte den Wert des Rubels auf 0,222168 g Feingold und den Preis für ein Gramm Feingold auf 4 Rubel und 45 Kopeken fest. Durch diese automatische Kurserhöhung wurden jetzt 4 Rubel anstatt der bisherigen 5 Rubel 30 Kopeken für einen amerikanischen Dollar – oder 11 Rubel 20 für ein englisches Pfund Sterling anstatt der bisherigen 14 Rubel 84 Kopeken gezahlt<sup>15</sup>).

Da, wie wir bereits wissen, die sowjetische Position im Außenhandel der COMECON-Partner inzwischen weitgehend verstärkt wurde, bedeutete die Erhöhung des Rubel-Kurses eine neue Belastung nur für die volksdemokratischen Länder und eine neue ausbeuterische Maßnahme Moskaus ihnen gegenüber. Mit offenem Zynismus schrieb damals das kommunistische Parteiorgan ‚Bolschewik‘ Nr. 6, 1950, S. 13: *„Mit der Erhöhung des Rubelkurses und Übergang zur Goldwährung verstärken sich die wirtschaftlichen gegenseitigen Beziehungen der Sowjetunion zu den volksdemokratischen Ländern noch mehr.“*

Der Verrechnungsmodus, welchen Moskau mit Hilfe des COMECON allen volksdemokratischen Ländern aufzwang, bedeutete ebenfalls eine starke Belastung für deren Volkswirtschaft. Zuerst stützten sich alle ihre Handelsabkommen mit der Sowjetunion und untereinander auf kurzfristige Kredite und laufenden Handelsaustausch. Die Kredite waren in der ersten Zeit auf ein Jahr befristet, später wurden sogenannte langfristige Kredite eingeführt, die niemals eine mehr als fünf- oder sechsjährige Laufzeit hatten. Die Rechnungen für alle Nicht-Kreditlieferungen mußten in der Regel innerhalb 6 Monaten ausgeglichen werden, dabei wurde dem Partner eine zusätzliche Zeitspanne von drei Monaten gewährt, wenn er nicht in der Lage war, seinen Verpflichtungen nachzukommen<sup>16</sup>). Die praktische Bedeutung war, daß das verschuldete Land mit größten Anstrengungen seinen Zahlungsverpflichtungen auf solche Weise nachkommen mußte, daß aufgrund eines Schiedsspruches entweder zusätzliche Exporte an die Sowjetunion von für sie interessanten Erzeugnissen oder die Summen auf Konto langfristiger Kredite übernommen wurden. Einige Indizien sprechen dafür, daß Moskau in solchen Fällen eine besondere Praxis anwandte, und zwar die Überschüsse der Handelsbeziehungen mit entwickelteren Ländern auf Konto der weniger entwickelten anzurechnen und auf diese Weise als gewissen Kredit der volksdemokratischen Länder untereinander gelten zu lassen<sup>17</sup>).

Alle diese Methoden, die im Rahmen des COMECON Anwendung fanden, wurden, wie bereits erwähnt, von einer immer größeren Forcierung des Handels der COMECON-Partner untereinander und einer

14) Masses-Information, III. Jahrgang, Nr. 1/2, Januar/Februar 1953, Paris. Dort findet sich eine überzeugend klingende Beweisführung, daß der Slansky-Prozeß und die damaligen Todesurteile in Prag u. a. auch als „Maßnahmen“ Moskaus gedacht waren, um in dieser Zeit aktuelle Prinzipien des COMECON auf dem Gebiet des Handels erfolgreich durchzuführen. Viele Angeklagte des Slansky-Prozesses erklärten sich für große Verluste verantwortlich, welche sie der Volkswirtschaft durch ihre Preispolitik zugefügt hatten. Damit meinten sie ihren Widerstand gegenüber den sowjetischen Preisforderungen und die Festlegung entsprechender Preise für tschechoslowakische Exporterzeugnisse nach der UdSSR. So erklärte z. B. der Angeklagte R. Loeb: „Auf meinen Befehl haben die für den Außenhandel verantwortlichen Gesellschaften von der UdSSR Preise verlangt, welche die Weltmarktpreise bei weitem übersteigen . . .“ Der Angeklagte R. Margolius erklärte, daß „die Gesellschaft ‚Kowo‘ z. B. für die Lieferung eines Elektromotors nach der Sowjetunion einen Überpreis von 400% gegenüber dem Preis desselben Motors an die kapitalistischen Staaten verlangte“. Die erwähnte Quelle zitiert noch andere Aussagen der Angeklagten des Slansky-Prozesses. Sie alle „gaben zu“, wirtschaftlich günstige Transaktionen mit dem Westen geführt und gleichzeitig „unverschämt hohe Preise“ für tschechoslowakische Exporterzeugnisse nach der Sowjetunion festgesetzt zu haben. Die gleiche Quelle beweist, daß es eine andere Aufgabe des Prozesses gegen Slansky und seine Mitangeklagten war, die volksdemokratischen Länder von Versuchen, verschiedene Mangelwaren auf eigene Faust außerhalb des COMECON zu kaufen, abzuschrecken. Nur auf diese Weise ist es zu erklären, warum während des Prozesses eine ganze Liste von regierungstreuen tschechoslowakischen Agenten des Außenhandelsministeriums, welche in westlichen Ländern tätig waren, veröffentlicht wurde und warum dieselben vom Staatsanwalt als imperialistische Agenten und Spione bezeichnet wurden.

15) ‚Prawda‘ vom 1. März 1950.

16) Genaueres darüber in ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 3, 1952, A. Korolenko „Prinzipien der Gleichberechtigung im Handel der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder“, S. 26.

17) Siehe den bereits erwähnten Artikel von A. Zaubermann.

immer stärkeren Verringerung des Ost-West-Handels der Ostblockstaaten begleitet. Der COMECON verwandelte sich in ein riesiges Monopol des volksdemokratischen Außenhandels, der völlig dem Nutzen der UdSSR untergeordnet war. In diesen Jahren konnte man mehrmals verzeichnen, daß die Sowjetunion auf den Weltmärkten Waren anbot, die aus anderen volksdemokratischen Ländern stammten. Überhaupt ist festzustellen, daß, während die Handelsbeziehungen der einzelnen Ostblockländer mit der westlichen Welt im Begriffe standen, sich stetig zu verringern, sich ein anderer Prozeß im sowjetischen Außenhandel bemerkbar machte, und zwar in Richtung einer Vergrößerung des Handelsvolumens mit den westlichen Ländern.

## 2. ‚Gemischte Gesellschaften‘

Gleich nach 1945 entstanden in verschiedenen volksdemokratischen Ländern sogenannte ‚Gemischte Gesellschaften‘, d. h. Organisationen, in welchen sich die Sowjetunion mit der zuständigen Regierung eines anderen Landes paritätisch beteiligte. Später wurde diese Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit als ein Bestandteil der durch den COMECON gesteuerten Entwicklung von dessen Partnern anerkannt. Mit der Zeit entwickelten sich zwei Formen der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und einzelnen COMECON-Partnern: Gemischte Aktionär-Gesellschaften und Gemischte Handelskammern<sup>18</sup>).

Die gemischten Aktionäre-Handelsgesellschaften stießen bereits 1945 auf einen gewissen Widerstand der volksdemokratischen Regierungen. Über das Mißlingen der Gründung einer gemischten sowjetisch-polnischen Gesellschaft zur Ausbeutung der schlesischen Kohle wurde bereits berichtet. Erwähnenswert sind noch die Konflikte zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, die in Zusammenhang mit der Forcierung der gemischten sowjetisch-jugoslawischen Gesellschaften nach 1945 und noch mehrere Monate vor dem endgültigen Abbruch der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad im Jahre 1948 entstanden. Durch den ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ wurde der Fortbestand der ‚Gemischten Gesellschaften‘ in der Stalin-Ära nicht nur gesichert, sondern auch weitgehend ausgebaut. Die gemischten Aktionär-Gesellschaften trugen verschiedenartigen Charakter – meistens waren es Handelsgesellschaften, aber es bestanden auch welche für die Organisation des Transportes, für Schiffsbau, für die Ausbeutung der Bodenschätze usw. In Rumänien, Ungarn und Bulgarien sehen wir jene COMECON-Partner, in deren Volkswirtschaft die ‚Gemischten Gesellschaften‘ eine ausschlaggebende und, wie die sowjetischen Quellen später offiziell zugaben, für Moskau nicht ganz ehrenhafte Rolle spielten.

Die sowjetischen Quellen aus dem Jahre 1950 beleuchteten ziemlich genau das Entstehen und die Tätigkeit der ‚Gemischten Gesellschaften‘<sup>19</sup>).

Die ersten von ihnen entstanden auf Grund des ehemaligen deutschen Eigentums auf dem Gebiet volksdemokratischer Länder, welches die Sowjetunion als für sie bestimmte Reparationen betrachtete. Die sowjetische Regierung hat in einigen Fällen vorgeschlagen, anstatt diese Betriebe usw. in die UdSSR zu überführen, sie an Ort und Stelle zusammen mit der zuständigen Regierung zu paritätischen Bedingungen weiter auszubeuten. Später wurden auch andere ‚Gemischte Gesellschaften‘ gegründet, und die sowjetischen Quellen geben selbst zu, daß die Verwaltung des ehemaligen deutschen Eigentums der Sowjetunion eine Chance lieferte, einen „absolut neuen Typ gegenseitiger Wirtschaftsbeziehungen, die sich prinzipiell von jenen unterscheiden, welche die kapitalistische Welt entwickelt, zu schaffen“. Die sowjetische Regierung und das zuständige volksdemokratische Land stellten auf Grund des entsprechenden Vertrages die erforderlichen Mittel zur Gründung solcher Gesellschaften zur Verfügung. Sie waren in Form von Aktionär-Gesell-

18) ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 3, März 1952.

19) Eine ziemlich ausführliche Information über die ‚Gemischten Gesellschaften‘ z. B. in ‚Bolschewik‘ Nr. 6, März 1950, im Artikel von I. Dudinskij „Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder“.

‚Kommunist‘ Nr. 15 vom Oktober 1956 berichtet im Artikel von A. Tschistiakow „Entwicklung der Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers“, S. 52, daß es in Bulgarien drei und in Rumänien zwölf solcher gemischten Gesellschaften gab. Gleichzeitig bestanden vier in der Volksrepublik China.

schaften aufgebaut, bei welchen eine Hälfte der Aktien der Sowjetunion und die übrigen 50 Prozent der zuständigen Regierung gehörten. Nach offiziellen Verlautbarungen sollten diese Gesellschaften die örtliche Gesetzgebung, einschließlich der geltenden Steuergesetze, streng berücksichtigen. Viele Kenner des Problems behaupten jedoch, daß der sowjetische Ertrag aus diesen gemischten Unternehmungen in vieler Hinsicht ‚exterritorial‘ war und daß die volksdemokratischen Regierungen, besonders um das Jahr 1950, als die stalinistische Terror-Maschine ihre Tätigkeit in diesen Ländern zur Perfektion brachte, dem sowjetischen Partner verschiedene andere Privilegien zusicherten.

Dodinskij schrieb im ‚Bolschewik‘ Nr. 6 vom März 1950, daß „die Sowjetunion durch die Teilnahme an den gemischten Gesellschaften den entsprechenden volksdemokratischen Ländern eine größere technische Hilfe leistete; ein Teil der Ausstattung für die gemischten Unternehmungen wurde von der Sowjetunion zur Verfügung gestellt und in einigen Fällen auch die notwendigen Rohstoffe für die geplante Produktion geliefert. Einen Teil des technischen und leitenden Personals der Gemischten Gesellschaften bilden sowjetische Ingenieure und Techniker, während ihrer Arbeit übergeben sie den volksdemokratischen Ländern eine gewaltige technische und organisatorische Erfahrung der Leitung der sozialistischen Industrie und Schulung der Kader — eine Erfahrung, die in der Sowjetunion gesammelt wurde.“

Nur in der Stalin-Ära des COMECON war die sowjetische Seite stolz auf das Bestehen der Gemischten Gesellschaften; kurz nach Stalins Tod traten darin Zersetzungserscheinungen auf, und die einzelnen Regierungen verlangten die Auflösung der Unternehmungen, was dann tatsächlich auch geschah. Und als während des XX. Parteitages der KP der Sowjetunion im Februar 1956 die sowjetischen Führer eine Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien der Achtung der souveränen Rechte anderer Völker ankündigten, nannten sie die Auflösung der Gemischten Gesellschaften in den volksdemokratischen Ländern als einen „kühnen Schritt“ in dieser Richtung <sup>20</sup>).

### 3. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

„Eine wichtige Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern bildet die gegenseitige wissenschaftlich-technische Hilfe, in erster Linie eine wissenschaftlich-technische Hilfe, die von Seiten der Sowjetunion geleistet wird. Diese Hilfe ist wegen einer grandiosen Entwicklung ihres Industrieaufbaus für die volksdemokratischen Länder lebenswichtig, und auch deswegen weil die Mehrzahl von ihnen in der Vergangenheit zurückgebliebene Agrarländer war.“ So charakterisieren ‚Voprossy ekonomiki‘ vom März 1952 diese dritte wichtige Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der COMECON-Partner in der Stalin-Ära. Sie ist auch heute noch gültig, aber im besprochenen Zeitabschnitt wies sie einige besondere Charakteristika auf. Das wichtigste davon war die Tatsache, daß sich die Zusammenarbeit hauptsächlich auf mehrere Tausende von sowjetischen Experten, Technikern (in mehreren Fällen auch mittelqualifizierten Arbeitern und Beamten), mit welchen die Schlüsselpositionen in der Wirtschaftsleitung der einzelnen volksdemokratischen Länder besetzt wurden, stützte. In den sowjetischen Quellen aus dieser Zeit hieß es, daß alles das auf „Bitten der COMECON-Partner geschah“ — also führten sowjetische Spezialisten im Auftrag der einzelnen Regierungen Forschungs- und Schürfarbeiten durch, sie entwickelten die Pläne und Projekte für den Bau verschiedener Betriebe, Kraftwerke, Schächte und anderer Industrieobjekte, sie montierten Maschinen und Fabrikaus-

20) In der Rede Mikojans während des XX. Parteitages hieß es wörtlich: „Zur Verwunderung vieler bürgerlicher Staatsmänner schreckte unsere Regierung nicht davor zurück, offen über eine Reihe von internationalen Fragen zu sprechen, bezüglich derer unsere Außenpolitik in der Vergangenheit diese oder jene Fehler gemacht hat, wodurch in einigen Fällen die Beziehungen durch unsere Schuld verschärft wurden. . . . Auch eine Reihe anderer Maßnahmen — die Aufgabe unserer Militärstützpunkte in China und Finnland, die Auflösung der ‚Gemischten Gesellschaften‘ in den volksdemokratischen Ländern, der Staatsvertrag mit Österreich und anderes — zeugen ebenfalls von der Kühnheit unserer Politik, von ihrer Prinzipienfestigkeit, von der Achtung der souveränen Rechte anderer, von ihrer Aktivität und damit von ihrer Fruchtbarkeit.“

rüstungen, sorgten für die Beherrschung der neuen Technik an Ort und Stelle und für die Einführung moderner Arbeitsmethoden <sup>21</sup>).

Eine andere Form der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bildete die Übergabe von Lizenzen, technischer Dokumentation und die Ausbildung von Ingenieuren und Arbeitern aus den Ostblockstaaten in der Sowjetunion. Mit den einzelnen Partnern des Rates schloß die UdSSR spezielle Verträge über eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab. So wurde ein solches Abkommen mit Polen bereits am 5. März 1947, mit der CSR am 19. Dezember des gleichen Jahres, mit Ungarn am 26. Juli 1949, mit Rumänien am 17. Februar 1950, mit Bulgarien am 18. Februar 1950, mit der DDR am 27. September 1951 und mit Albanien am 19. April 1952 getroffen.

Im allgemeinen ist jedoch festzustellen, daß die Übergabe von Patenten und ein Dokumentationsaustausch erst in nachfolgenden Stadien des Rates breitere Formen annahm. Die sowjetischen Quellen vermeiden, genauere Ziffern über den Austausch von Lizenzen usw. aus dieser Zeit zu nennen, während die Angaben für 1956 dagegen ziemlich exakt zu sein scheinen <sup>22</sup>). In Wirklichkeit fehlte dafür — infolge der Einstellung der Sowjetunion und des allgemeinen gegenseitigen Mißtrauens — einfach die entsprechende Atmosphäre. Gemäß den Verträgen, die soeben zitiert wurden, sollten ‚Gemischte Kommissionen‘ für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit entstehen, in welchen die Sowjetunion und das jeweilige volksdemokratische Land durch je fünf Mitglieder repräsentiert werden sollten. Diese Organe sollten Maßnahmen zur Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ausarbeiten und ihren Regierungen entsprechende Vorschläge unterbreiten; Sitzungen waren wenigstens zweimal jährlich geplant. Daraus geht bereits hervor, daß auch die bürokratische Schwerfälligkeit des gesamten Verfahrens keinesfalls einen wirklich fundierten wissenschaftlich-technischen Austausch begünstigte.

Tatsächlich wurde eine wahre wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den einzelnen Ostblockstaaten auf ein Minimum reduziert, da die UdSSR ihre eigenen Ziele zur Beherrschung der Volkswirtschaft der einzelnen COMECON-Partner verfolgte. Wir haben auf die Besetzung der Schlüsselpositionen in der Volkswirtschaft der Ostblockstaaten durch sowjetische Experten, Berater usw. bereits hingewiesen. Verschiedene sowjetische Quellen berichten von anderen Methoden, mit welchen Moskau unter dem Deckmantel wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit seiner Expansionspolitik in den volksdemokratischen Ländern nachging. Auf allen Sektoren der Wirtschaft wurden sowjetische Methoden forciert, ein ‚sozialistischer Wettbewerb‘ überall eingeführt, verschiedene ‚Bewegungen‘ zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit fanden in allen Mitgliedstaaten des Rates gleichzeitig statt. Die Methoden der Stachanowzen und sowjetischen Neuerer sind in verschiedenen Zweigen ebenso angewandt worden wie die Lysenko-Theorien in der Agrowissenschaft und weitere sowjetische Theorien in anderen Wissenschaftszweigen <sup>23</sup>). Auch diese Form der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wurde gleich nach Stalins Tod tief erschüttert: Unter dem Druck der volksdemokratischen Regierungen war die Sowjetunion gezwungen, 1956 alle ihre Experten und Berater aus diesen Staaten zurückzuziehen und auch auf diesem Gebiet die „begangenen Fehler“ der Vergangenheit zuzugeben <sup>24</sup>).

✱

Es ist nicht schwer, den Charakter des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ in der Stalin-Ära genauer zu umreißen. Der Rat war in dieser Zeit, genauer bis zu Stalins Tod, eine Handelsorganisation. Nur ganz am Rande beschäftigte er sich mit Proble-

21) ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 3, März 1952, A. Korolenko „Prinzipien der Gleichberechtigung im Handel der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder“, S. 28.

22) ‚Vnieschnaja torgovla‘ Nr. 11, 1957, S. 25.

23) ‚Bolschewik‘ Nr. 6 vom März 1950, S. 17.

24) Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 30. Oktober 1956 in ‚Prawda‘ vom 31. 10. 1956. Auf die Bedeutung dieser Erklärung für die spätere Entwicklung des COMECON wird noch näher eingegangen.

men der Koordinierung und wirtschaftlichen Entwicklung der COMECON-Partner<sup>25)</sup>. In Wirklichkeit war er zu Lebzeiten Stalins an einer solchen Koordinierung gar nicht interessiert. Das wichtigste war ihm damals die Beherrschung des Außenhandels der einzelnen Mitgliedstaaten, die Lenkung dieses Handels durch Einführung von Diskriminierungsmethoden des Ost-West-Handels mit dem Ziel einer immer stärkeren Erweiterung des Handels mit der Sowjetunion und des gegenseitigen Warenaustausches innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten. Durch die Einführung der entsprechenden Preispolitik, die Umstellung des Rubelkurses auf Goldwährung und durch verschiedene andere Maßnahmen gelang es der UdSSR, sich im Rat eine privilegierte Stellung zu sichern und die Organisation selbst in ein willfähiges Instrument ihrer eigenen Wirtschaftspolitik gegenüber den volksdemokratischen Ländern zu verwandeln.

Diese Ziele des COMECON, die in einigen Fällen auch durch brutalen Terror unterstützt wurden, konnte die Sowjetunion in der Stalin-Ära

## II. Die Übergangsperiode des COMECON: 1953 bis 1956

Stalins Tod bedeutete auch für den COMECON das Ende einer Etappe. Die Auflockerungserscheinungen in den Beziehungen zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion wurden von allen Partnern des Rates dazu ausgenutzt, um verschiedenen drastisch-ausbeuterischen Maßnahmen der Sowjetunion einen Riegel vorzuschieben. Es kam zu einem, wie auch einige sowjetische Quellen angaben, ungewöhnlichen Durcheinander in der Tätigkeit des COMECON. Die einzelnen Regierungen begannen auf eigene Faust verschiedene Verträge zu annullieren, die Liefertermine wurden nicht eingehalten usw. Während der kurzen ‚Malenkow-Periode‘ in der UdSSR entwickelte sich auch eine ‚Malenkow-Periode‘ in den volksdemokratischen Ländern. Die ‚Gemischten Gesellschaften‘ waren einfach in ihrer Tätigkeit gelähmt — Moskau war gezwungen, mehrere Zugeständnisse an die volksdemokratischen Länder zu machen, und eine der wichtigsten Maßnahmen zur Annullierung der bisherigen Praxis des Rates war eben die Auflösung der ‚Gemischten Gesellschaften‘. Die Sowjetregierung hatte sich in den Verträgen mit den einzelnen Ostblockstaaten einverstanden erklärt, die ‚Gemischten Gesellschaften‘ zu liquidieren und das sowjetische Eigentum den einzelnen Regierungen zu sehr günstigen Bedingungen zu überlassen<sup>26)</sup>. Es fand eine Übergangsperiode in der Geschichte des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ statt, in welcher eine grundlegende Änderung des Gesichtes dieser Organisation erfolgte. Dieser Zeitabschnitt währte bis 1956, d. h. bis zur VII. Session des COMECON, auf welcher die neuen Richtlinien dieser Organisation endgültig beschlossen wurden. Diese interessante Übergangsepoche verdient genauer erörtert zu werden.

Wie bereits erwähnt, gab es nach Stalins Tod in der Geschichte des COMECON eine kurze ‚Malenkow-Periode‘: Sie charakterisierte sich in erster Linie dadurch, daß verschiedene Länder statt der bisherigen Forcierung der Schwerindustrie zu einer radikalen Unterstützung der Leichtindustrie übergingen. Das hatte zur Folge, daß verschiedene Bestellungen von Maschinen und Betriebsausrüstungen in willkürlicher Weise annulliert wurden. Die sowjetischen Theoretiker behaupten, daß diese Situation kurz nach dem Sturz Malenkows eine Notwendigkeit der „Beseitigung der entstandenen Disproportionen und autarkischen Tendenzen“ bei den Partnern des Rates als wichtigste Aufgabe auf die Tagesordnung gestellt hat<sup>27)</sup>.

Interessant ist hier festzustellen, daß es während des Machtkampfes nach Stalins Tod der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gelang,

verwirklichen. Im gesamten Raum des Ostblocks wurde nicht nur eine völlige Abhängigkeit der einzelnen Länder von der Sowjetunion bezüglich der Rohstofflieferungen erreicht, sondern auch durch eine gegenseitige Verflechtung durch Forderung des Ausbaus der Schwerindustrie und solcher Industriezweige, die über keine örtliche Rohstoffbasis verfügten, sicherte sich die Sowjetunion die Rolle eines ausschlaggebenden Regulators der wirtschaftlichen Entwicklung in den Satellitenstaaten. Die Sowjetisierung der Volksdemokratien und eine konsequente Integrierungspolitik waren aber in dieser Zeit direkt den Staatsinteressen der UdSSR untergeordnet. Als ungefähr 1950 der COMECON-Apparat schließlich „richtig“ zu funktionieren begann, konnte die Sowjetunion die günstigsten Ziffern über eine Erweiterung des Nationaleinkommens in der Nachkriegszeit registrieren. Viele Experten waren sich darin einig, daß die durch die außerordentlich vorteilhaften Handelsbedingungen erreichten Einkommenswerte einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung des damaligen sowjetischen Nationalvermögens bedeuteten.

noch zur Zeit der Amtsperiode Malenkows auf den ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ einen entscheidenden Einfluß zu nehmen und ihn mit jenem politischen Kurs zu verknüpfen, der in Zusammenhang mit der Person Chruschtschows stand. Die These Malenkows über die „Erschütterung der Proportionen“ zugunsten der Leichtindustrie war in den volksdemokratischen Ländern äußerst populär, jedoch ein viel brennenderes Problem war überall — vielleicht mit Ausnahme der CSR — die Landwirtschaft. Auf Empfehlung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion haben die kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, auf Grund derer die These über die führende Rolle der Schwerindustrie in der Volkswirtschaft durch die Notwendigkeit einer rapiden Steigerung und Verbesserung der Organisation der Landwirtschaft auf der Basis der bestehenden Schwerindustrie ergänzt wurde. Es entwickelte sich eine interessante Diskussion, bei welcher sich die These über die Gültigkeit des sozialistischen Gesetzes über die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft in den Volksdemokratien sich endgültig durchsetzte und gleichzeitig wurde die Durchführung dieses Gesetzes zur wichtigsten Aufgabe des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘<sup>28)</sup>.

Der Kampf gegen autarkische Tendenzen, die sich bei der Annullierung der Handelsabkommen, Bestellungen usw. nach Stalins Tod zeigten, rief eine andere, äußerst interessante, Diskussion in den Reihen der kommunistischen Theoretiker der COMECON-Länder hervor. Man kritisierte die bisherige Entwicklung in den Mitgliedstaaten, bei welcher ein jeder von ihnen versuchte, seine Volkswirtschaft möglichst vollkommen auszubauen. Obwohl diese Politik in der Stalin-Phase des Rates unterstützt wurde, zeigten sich jetzt mehrere Stimmen auf sowjetischer Seite, welche betonten, daß die sowjetischen Führer „immer“ die volksdemokratischen Regierungen vor einer blinden Nachahmung der Sowjetunion gewarnt haben<sup>29)</sup>. Einige Quellen waren der Ansicht, daß ein mechanisches Kopieren der sowjetischen Methoden die Hauptursache der autarkischen Tendenzen in der Volkswirtschaft der einzelnen Ostblockstaaten sei. Sie versuchten davon zu überzeugen, daß es nur zwei Länder im sozialistischen Weltsystem gäbe, welche in der Lage seien, eine all-

28) *ibid.* S. 36/37.

29) In den Imre-Nagy-Erinnerungen, die im Westen erschienen sind („Imre Nagy über Kommunismus“, Praeger, N. Y. 1957) wird bestätigt, daß Chruschtschow und Kaganowitsch eine solche Nachahmungspolitik in den volksdemokratischen Ländern verurteilten. Während einer Rede vor ungarischen Journalisten Ende Mai 1957 behauptete Chruschtschow: „Die Ungarn, Polen, Rumänen und andere versuchten alles allein zu erbauen. Als Resultat einer solchen Politik entstanden natürlich große Fehler, und wo Fehler begangen wurden, begannen Feinde und schwankende Elemente die Sowjetunion zu verleumden. Sie sagten, daß wir schlechten Rat erteilt hätten. Wir haben ihnen jedoch nicht geraten, die Sowjetunion nachzuahmen. Im Gegenteil — wir haben sie wiederholt davor gewarnt . . .“ Imre Nagy behauptet, daß auch Mikojan solche Warnungen geäußert habe. Es bleibt jedoch die an Hand der Quellen zu beweisende Tatsache, daß in der Stalin-Ära des COMECON die Nachahmung der Sowjetunion und der allseitige Ausbau der Schwerindustrie in allen Ländern, einschließlich Bulgariens und Albaniens, von sowjetischer Seite aufs wärmste unterstützt wurde.

25) Das bestätigt u. a. der Vorsitzende der Plankommission beim Ministerrat der Volksrepublik Polen, Dr. S. Jedrychowski, in einem Interview für die Arbeiter-Presse-Agentur, das im polnischen Parteiorgan ‚Trybuna Ludu‘ am 9. November 1957 veröffentlicht wurde. U. a. stand dort wörtlich folgendes: „Im Anfangsstadium des Bestehens des Rates beschränkte dieser seine Tätigkeit auf die Sphäre der Handelsbeziehungen und beschäftigte sich nur fragmentarisch mit den Produktionsproblemen“.

26) ‚Kommunist‘ Nr. 15 vom Oktober 1954, S. 53.

27) ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 10/1957 — W. Kajgl „Internationale Sozialistische Arbeitsteilung“.

seitig entwickelte Wirtschaft zu erzielen, nämlich die Sowjetunion und die Volksrepublik China. Kein einziges anderes Land verfüge über reale Bedingungen hierfür — so schrieb ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 10 vom Oktober 1957. Konsequenz dieser These war die Verwirklichung des Gesetzes über die internationale sozialistische Arbeitsteilung. 1954/55 haben die volksdemokratischen Länder ihre ersten langjährigen Perspektivpläne beendet und begannen mit der Ausarbeitung neuer Pläne. Die These über eine internationale Arbeitsteilung bedeutete zweifellos eine gewisse Beschneidung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der einzelnen Volksdemokratien, andererseits aber lockte sie mit ungewöhnlichen Vorteilen, nämlich mit der Beseitigung der Engpässe, insbesondere auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung und mit der Beseitigung des sogenannten ‚Parallelismus‘, bei welchem verschiedene Mitgliedstaaten die gleichen Erzeugnisse produzierten. So wurde die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verwirklichung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung eben zur wichtigsten Aufgabe des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘.

Bereits aus Obengesagten geht hervor, daß 1953 und 1954 sich der Beginn einer Wandlung abzeichnete. Der alte COMECON als eine Handelsorganisation wurde über Bord geworfen und auf Grund der Thesen über eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung verwandelte sich der Rat in eine Organisation, die sich nicht wie bisher mit dem Handel, sondern in erster Linie mit der Koordinierung der Produktionspläne in den einzelnen Mitgliedstaaten beschäftigte.

### III. Der COMECON heute

#### 1. Sessionen, Beschlüsse und organisatorische Veränderungen

Im Mai 1956 fand in Ostberlin die VII. Session des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ statt. Sowjetische Quellen bezeichnen diese als einen „ersten ernstesten Versuch zur Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung der COMECON-Länder“<sup>31)</sup>. Die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz können auf folgende Weise zusammengefaßt werden:

a) Es wurden 13 ständige Branchenkommissionen gegründet, deren Sitz sich in verschiedenen volksdemokratischen Ländern befand: 1. Maschinenbau, 2. Geologie, 3. Rohöl- und Erdgasindustrie, 4. Schwarzmetallurgie, 5. Buntmetallurgie, 6. Chemie, 7. Landwirtschaft, 8. Elektroenergie, 9. Kohle, 10. Holz-, Zellulose- und Papierindustrie, 11. Maschinenbau, 12. Außenhandel, 13. Koordinierung der Projektierung und Lieferung von kompletten Projekten<sup>32)</sup>. Aufgabe dieser Kommissionen war es, Empfehlungen für die perspektive Entwicklung der entsprechenden Wirtschaftszweige der volksdemokratischen Länder auszuarbeiten, sowie konkrete Forschungen in Bezug auf die Höhe des Produktionssolls in den Perspektivplänen vorzunehmen.

b) Maßnahmen zur Koordinierung der Perspektivpläne der einzelnen Länder von 1956 an wurden beschlossen. Diese bezieht sich nach dem Beschluß der VI. Session, nicht auf alle Wirtschaftszweige, sondern auf ihre wichtigsten Formen. Während der Arbeit zur Koordinierung der Wirtschaftspläne wurden die verschiedenen Mangelwaren sowie auch jene Erzeugnisse, die im Überschuß produziert werden, genau festgestellt. Solches ermöglichte, gemeinsam Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion von Mangelerzeugnissen festzulegen.

c) Es wurden verschiedene Schritte in bezug auf die Spezialisierung getan. Man empfahl diese besonders der Maschinenbauindustrie in den einzelnen Volksdemokratien.

Vor diesem Hintergrund fand im Dezember 1955 die VI. Session des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ statt, die zweifellos als erster wichtiger Schritt zur Koordinierung der Wirtschaftspläne der COMECON-Partner zu bezeichnen ist. Hauptthemen dieser VI. Session waren<sup>30)</sup>:

1. Maßnahmen zu Beseitigung der Rückständigkeit der Rohstoffausbeutung, der metallurgischen Industrie und der Landwirtschaft.
2. Erste Schritte zu einer Begrenzung des ‚Parallelismus‘. Es wurde festgelegt, welche Länder bestimmte Typen von Lastwagen, Personautos, Traktoren, Kombiern und anderen landwirtschaftlichen Maschinen produzieren sollen. Auch Maßnahmen zur Beseitigung des ‚Parallelismus‘ in anderen Wirtschaftszweigen wurden beschlossen.

✱

Die Übergangsperiode des COMECON dauerte in Wirklichkeit bis zur nächsten Session im Mai 1956, die — nach sowjetischen Quellen — als endgültiger Wendepunkt zu einer neuen Entwicklungsphase des Rates angesehen werden muß. Es verdient hier auf die Geschicklichkeit dieser Wendung hingewiesen zu werden. Die Rolle des COMECON als Instrument der sowjetischen Integrierungspolitik in bezug auf die Wirtschaft der Volksdemokratien ist weiterhin eine führende geblieben. Jedoch wurde die gesamte stalinistische Praxis des COMECON verurteilt und neue sublimere Methoden der Zusammenarbeit eingeführt. Das wichtigste Charakteristikum dieser Umwandlung ist, daß der COMECON von einer Handelsorganisation sich mehr in ein riesiges Gremium der wissenschaftlichen Großraumplanung umwandelte.

d) Die COMECON-Partner einigten sich bezüglich des Produktionssolls auf 90 verschiedene Maschinentypen, Ausrüstungen, Schiffe und Werkzeuge, auf 16 Typen der landwirtschaftlichen Produktion, auf 27 in der Schwarz- und Buntmetallurgie, 23 Typen bei chemischen Erzeugnissen usw. Dadurch wurde eine planmäßige Auswertung der Industrie in der DDR, der CSR und anderen volksdemokratischen Ländern auf mehrere Jahre im voraus gesichert.

e) Die Teilnehmer der VII. Session waren sich darüber einig, daß die Sowjetunion die Lieferungen von Eisenerz, Kohle, Koks, Walzeisen und Rohölprodukten nach den volksdemokratischen Ländern beträchtlich erweitern solle.

Die VII. COMECON-Session stand also im Zeichen der Koordinierung der Perspektivpläne, ferner der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Spezialisierung und Koordinierung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen.

Besonderer Erwähnung sind die Empfehlungen in bezug auf die Spezialisierung wert. Es handelte sich um einen weiteren Schritt zur Beseitigung des ‚Parallelismus‘, was bereits während der VI. Session beschlossen wurde. So z. B. empfahl man eine Verringerung der Anzahl der verschiedenen Werkzeugmaschinentypen in den einzelnen Ländern: in Ungarn — von 64 auf 56, in Polen — von 40 auf 35, in der CSR — von 62 auf 42 Typen usw. Was die Produktion von Dampfturbinen anbelangt, so empfahl die VII. Session solche mit einer Kapazität bis zu 50 000 Kilowatt in der Sowjetunion, der DDR, CSR, Ungarn und Polen, bis zu 100 000 nur in der Sowjetunion, der DDR und CSR und über 100 000 Kilowatt ausschließlich in der Sowjetunion herzustellen. Eine ähnliche Spezialisierung wurde auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinenproduktion nahegelegt: Autogetreidekombines (Mäh-drescher) sollen in der Sowjetunion, der DDR, Ungarn und Polen hergestellt werden, die CSR soll solche Kombines bei den erwähnten Ländern kaufen und sich selbst auf Flachskombines spezialisieren. Es wurden außerdem Pläne für eine Spezialisierung der Waggonbauindustrie der Sowjetunion, der CSR und Polens ausgearbeitet<sup>33)</sup>.

31) ‚Meshdunarodnaja Shisnj‘ Nr. 4, 1958, O. Bogomolow „Neue Formen der ökonomischen Zusammenarbeit“, S. 47.

32) Über die Anzahl dieser ständigen Kommissionen gibt es widersprechende Angaben. Als zuverlässig muß man das bereits erwähnte Interview des Leiters der Polnischen Plankommission, Dr. S. Jedrychowski in ‚Trybuna Ludu‘ vom 9. 11. 57 ansehen. In dieser Quelle werden nur sieben ständige Kommissionen genannt, die Auswertung der sowjetischen und polnischen Presse des Jahres 1957 ergibt aber eine Anzahl von 13 Kommissionen.

30) ‚Voprossy ekonomiki‘ Nr. 10, Oktober 1957, S. 37.

33) ‚Meshdunarodnaja Shisnj‘ Nr. 4, April 1958, S. 48.



Neu war auf der VII. Session die Tatsache, daß sich die Spezialisierung nicht so sehr auf die bereits laufende Produktion in einigen Wirtschaftszweigen bezog, sondern viel mehr auf die zukünftige Produktion. So bedeutete sie einen ersten Schritt zu einer rationellen Aufstellung der künftigen Herstellungsaufgaben im gesamten COMECON-Raum.

Die gesamte neue Entwicklung fand Ende 1956 eine tiefgehende Erschütterung. Nach der Gomulka-Wendung in Polen folgten die Ereignisse in Ungarn, welche automatisch die Arbeit der ständigen Kommissionen des COMECON lahmlegten. Zu dieser Zeit tauchten bei den einzelnen COMECON-Partnern neue ernste Versuche auf, mit der Praxis der Stalin-Ära endgültig zu brechen. Im November 1956 leitete die Regierung der Volksrepublik Polen Maßnahmen gegen die sowjetischen Experten in Armee und Wirtschaft ein. Unter dem Druck dieser Ereignisse erschien am 31. Oktober 1956 die Erklärung der Regierung der Sowjetunion „Über die Grundprinzipien der Entwicklung und weiteren Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“<sup>34)</sup>. Diese beschäftigte sich mit zwei Hauptproblemen: den Prinzipien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern und der Frage sowjetischer Truppenstationierungen. In der Erklärung wurde zugegeben, daß es „während des Prozesses des Aufbaus eines neuen Systems und während der tiefen revolutionären Veränderungen der gesellschaftlichen Beziehungen viele Schwierigkeiten gab, ungelöste Aufgaben und direkte Fehler, darunter solche, die das Prinzip der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern untereinander verletzen.“ Man berief sich dabei auf die Beschlüsse des XX. Parteitag der KP der Sowjetunion, der diese Verletzungen und Fehler verurteilte und sich die konsequente Verwirklichung der Lenin'schen Prinzipien der Gleichberechtigung der Völker als Aufgabe in den gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern stellte. Er kündigte die Notwendigkeit einer vollen Berücksichtigung der geschichtlichen Vergangenheit und der Besonderheiten eines jeden Landes an.

Die Regierung der UdSSR erklärte ferner, daß sie „bereit sei, zusammen mit den Regierungen anderer sozialistischer Staaten Maßnahmen zur Sicherung der Weiterentwicklung und Stärkung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ziel zu diskutieren, jegliche Möglichkeiten der Verletzung des Prinzips der nationalen Souveränität, des gegenseitigen Nutzens und der Gleichberechtigung in wirtschaftlichen Beziehungen auszuschließen.“ Gleich nach dieser Erklärung kündigten die Sowjets an, daß sie ihre Spezialisten aus den Volksdemokratien zurückrufen würden. Dieser Beschluß wurde auf folgende Weise begründet: „Im Zusammenhang damit, daß zur Zeit in den volksdemokratischen Ländern eigene qualifizierte nationale Kader auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und militärischen Aufbaus bestehen, ist die sowjetische Regierung bereit, ab sofort zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten die Frage der Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibs der sowjetischen Berater in diesen Ländern zu untersuchen.“

Die sowjetischen Chronisten, welche sich einige Monate später mit diesen unruhigen Zeiten in der Geschichte des Rates beschäftigten, bezeichneten diese Erklärung ihrer Regierung als ein für diesen wichtiges Ereignis. So schrieb z. B. ‚Vnieszchnaja togovla‘ Nr. 11 vom November 1957: „Eine wichtige Rolle bezüglich der Verstärkung der Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers spielte die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 30. Oktober 1956, in welcher die Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen brüderlichen sozialistischen Ländern festgelegt wurden.“

Diese Erklärung wurde von weiteren Zugeständnissen der Sowjetunion an die Satellitenstaaten begleitet. Wie bereits erwähnt, revidierte Moskau im November 1956 seine Politik gegenüber Polen auf dem Gebiet der Kohlenpreise und erklärte sich bereit, den entstandenen Schaden durch eine Streichung der polnischen Schulden auszugleichen. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Regelung des sowjetischen Transits durch Polen getroffen. Polen erhielt eine langfristige Anleihe in Höhe von 700 Millionen Rubel — außerdem verpflichtete sich die So-

wjetunion noch, im Jahre 1957 1 400 000 Tonnen Getreide zu liefern. Ungarn erhielt in dieser Zeit eine Anleihe von 40 Millionen Rubel und im folgenden Jahr weitere 200 Millionen. Anfang 1957 wurde auch der DDR ein Kredit von 340 Millionen Rubeln zuerkannt. Fast zur gleichen Zeit gewährte die Sowjetunion den COMECON-Partnern andere Erleichterungen: so wurde z. B. Albanien's Verschuldung in Höhe von 422 Millionen gänzlich gestrichen, Rumänien erhielt eine weitere Fristverlängerung für seine Abzahlungsraten in Zusammenhang mit früheren Krediten, die 1957/59 fällig sind. Ungarn erhielt eine günstige Befristung der Abzahlung von Krediten über 150 Millionen Rubel und gleichzeitig eine Streichung von über einer Milliarde Forint (1 Forint = 34,1 Kopeken). Außerdem erhielt Bulgarien Anfang 1957 einen langfristigen Kredit in Höhe von 200 Millionen Rubel (bereits 1956 kam Bulgarien in den Genuß eines langfristigen Kredites in Höhe von 370 Millionen Rubel für den Einkauf landwirtschaftlicher Maschinen und für Ausrüstung der chemischen Industrie<sup>35)</sup>. Alle diese Anleihen waren meist für eine Periode von fünf Jahren gewährt, mit einem Zinssatz von 2 % und rückzahlbar in den Produkten des Schuldners. Nicht genug, die sowjetische Regierung machte kein Hehl daraus, daß ein weiteres Entgegenkommen den volksdemokratischen Ländern gegenüber möglich sei. Und dies alles war der Preis, um den die Sowjets den status quo ante bei den COMECON-Partnern nach den Ereignissen in Polen und Ungarn wiederherstellen wollten. Im allgemeinen ist festzustellen, daß sie dieses Ziel erreicht haben.

Im Juni 1957 fand in Warschau die VIII. Session des ‚Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ statt. Sie bildete einen weiteren wichtigen Schritt in der jüngsten Geschichte des COMECON<sup>36)</sup>.

Die Beschlüsse der VIII. COMECON-Session lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Es wurde eine konkrete Koordinierung der Perspektivpläne der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft der COMECON-Länder auf eine Zeit von zehn bis fünfzehn Jahren beschlossen.

b) Während der Session wurde ein vielseitiges Clearing-Abkommen unterzeichnet, — eine wichtige Maßnahme zur Erweiterung des Handels zwischen den COMECON-Staaten.

c) Neben den Problemen zur Verbesserung der vielseitigen Entwicklung der Rohstoffbasis und der Energiewirtschaft widmete die Session besonders viel Zeit der Besprechung von Schritten zur Verbesserung des Transportwesens durch Bahn- und Wasserwege, sowie verschiedene Transitprobleme<sup>37)</sup>.

Der zweifellos wichtigste Beschluß der Session bezieht sich auf die endgültige Einigung über die Perspektivpläne der volksdemokratischen Länder. Kurz nach dieser Session fand im September 1957 eine Konferenz der Leiter der Planungsorgane der COMECON-Partner statt, an welcher auch die führenden Wirtschaftsexperten, sowie einige Minister aus den Ländern der COMECON-Partner teilnahmen. Die Konferenz stellte sich die Aufgabe, praktische Maßnahmen zur weiteren Ausarbeitung und Koordinierung der Perspektivpläne zu klären. Von diesem Zeitpunkt an datiert auch eine äußerst intensive Arbeit der ständigen Kommissionen, Unterausschüsse und verschiedenen Arbeitsgruppen des Rates. Sie alle verfolgen mit

35) ‚Dienieschnoja obraschtschenija i kredit SSSR‘ von Gosfinisdat, Moskau 1957, S. 432, 433.

36) Die personelle Zusammensetzung der Delegation der bisherigen Session war offiziell niemals vollständig angegeben. Erst seit der VIII. Session veröffentlichten die östlichen Zeitungen genaue Angaben über die Teilnehmer. Die COMECON-Partner waren während der VIII. Session durch folgende Delegationsleiter repräsentiert: Albanien — stellv. Vors. d. Ministerr. Kellezi, Bulgarien — erster stellv. Vors. d. Ministerr. G. Tschankoff, Tschechoslowakei — erster stellv. Vors. d. Ministerr. J. Dolanski, DDR — stellv. Vors. d. Ministerr. F. Selbmann, Polen — stellv. Vors. d. Ministerr. P. Jaroszewicz, Rumänien — stellv. Vors. d. Ministerr. A. Birladeanu, Ungarn — stellv. Vors. d. Ministerr. A. Birladeanu, Ungarn — stellv. Vors. d. Ministerr. A. Apro und UdSSR — erster stellv. Vors. d. Ministerr. M. Saburov. Der Delegation gehörten die Planungsspezialisten aus allen Ländern an. Vorsitzender der Session war der Chef der polnischen Delegation. Als Beobachter waren Vertreter Chinas, Jugoslawiens und Koreas anwesend. Alle Angaben nach ‚Trybuna Ludu‘ vom 18. und 25. Juni 1957.

37) Nach Berichten in ‚Trybuna Ludu‘ vom 18. und 25. Juni 1957.

34) ‚Prawda‘ vom 31. Oktober 1956.

besonderer Aufmerksamkeit die Koordinierung der wissenschaftlichen Projektions- und Konstruktionsarbeiten in den einzelnen Wirtschaftszweigen unter dem Aspekt einer weiteren Vertiefung der Spezialisierung der Produktion in den volksdemokratischen Ländern. Man gelangte zu der Überzeugung, daß die Spezialisierung und Perspektivplanung der einzige Weg ist, um durch Massenherstellung billiger zu produzieren.

Der Übergang zur Perspektivplanung auf lange Sicht — auf zehn bis fünfzehn Jahre, soll auch verschiedene Nachteile der kurzfristigen Planung beheben. Zur Zeit sind in allen volksdemokratischen Ländern verschiedene Industrieprojekte im Bau, deren endgültige Verwirklichung über den Rahmen der Fünfjahrespläne hinausgeht. Mit dieser Art der Planung werden alle Schwierigkeiten einer langfristigen und der Lieferung der erforderlichen Ausrüstungen leicht gelöst. Außerdem ermöglicht sie eine bessere Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaftspläne unter dem Aspekt einer Kooperierung und Spezialisierung.

Man konnte also gleich nach der Juni-Session eine außergewöhnliche Belegung der Tätigkeit des gesamten COMECON-Apparates feststellen. Alle ständigen Kommissionen und Arbeitsgruppen begannen mit intensiven Beratungen und Beschlüssen — die volksdemokratische Presse meldete in der zweiten Hälfte des Jahres 1957, daß sich die neuen Richtlinien des Rates in der gesamten Volkswirtschaft erfolgreich durchsetzten.

So wurden infolge der Spezialisierung bestimmte Zweige der Schwerindustrie in den einzelnen Ländern besonders forciert, wodurch sich Ende 1957 folgendes Bild ergab: es entwickelten sich in *P o l e n* sehr rasch die Kohlen- und chemische Industrie, das Eisenhüttenwesen und die Produktion von Baustoffen; in *U n g a r n* die Aluminiumindustrie, der Maschinen- und Werkzeugmaschinenbau, die Produktion von Bergwerksausrüstungen und landwirtschaftlichen Maschinen; in *R u m ä n i e n* die Erdöl- und die chemische Industrie; in *d e r D D R* der Schwermaschinen- und Schiffsbau sowie die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Erdölaustrüstungen<sup>38)</sup>.

Die Folge dieser schnellen Entwicklung war, daß eine weitere Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der einzelnen Ostblockstaaten als vordringlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Praktisch bedeutete dies, daß sich die gegenseitige Abhängigkeit solchen Grenzen näherte, wo eine ernste Beschneidung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder stattfinden mußte. Mit anderen Worten: Anfang 1958 erreichte die Entwicklung innerhalb des COMECON einen Grad, daß die weitere Arbeitsplanung Entscheidungen der obersten staatspolitischen Führung der COMECON-Partner notwendig machte. Hierin sind die Ursachen zu suchen, warum im *M a i 1 9 5 8* in *M o s k a u* eine Konferenz der Vertreter der kommunistischen- und Arbeiterparteien aller COMECON-Länder stattfand. Es handelte sich also nicht um eine normale Session des Rates sondern um eine Superkonferenz auf höchster Ebene, denn nur eine solche war kompetent genug, die Tore für die weitere Integrierung der Wirtschaft der Volksdemokratien zu erweitern und die Möglichkeit für einen noch engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der COMECON-Partner zu schaffen<sup>39)</sup>.

38) 'Prawda' vom 14. Oktober 1957, K. Ostrowitianow „Die Oktoberrevolution und die Bildung des sozialistischen Weltsystems“.

39) Der erste Bericht über die Moskauer COMECON-Konferenz erschien in der 'Prawda' vom 21. Mai 1958; das Schlußcommuniqué wurde in der nämlichen Zeitung am 25. Mai 1958 veröffentlicht. An der Konferenz nahmen folgende Spitzenvertreter aus den volksdemokratischen Ländern teil:

*A l b a n i e n* — Chodsha, Enver; Schedu, Mechmet; Koleka, Spiro; Ngjelja, Kitscho; Shtjulla, Bechar; Chasko, Arif.

*B u l g a r i e n* — Shivkoff, Todor; Jugoff, Anton; Damjanoff, Rajko; Panttschewskij, Petr; Christosoff, Rusi; Lukanoff, Karlo.

*U n g a r n* — Kadar, Janos; Apro, Antal; Reves, Geza; Kiss, Arpad.

*D D R* — Ulbricht, Walter; Grotewohl, Otto; Rau, Heinrich; Stoph, Willi; Leuschner, Bruno; Winzer, Otto.

*P o l e n* — Gomulka, Wladyslaw; Cyrankiewicz, Jozef; Jedrychowski, Stefan; Jaroszewicz, Petr.

*R u m ä n i e n* — Georgiu-Desh, George; Kivu, Stojka; Bodna-Rasch, Emil; Seleshan, Leontin; Byrledjanu, Aleksandru; Bunatschiu, Awram; Gaton, Marin.

*U d S S R* — Chruschtschow, N. A.; Mikojan, A. I.; Kiritschenko, A. I.; Koslow, F. R.; Kusmin, I. I.; Kabanow, I. G.; Chrunitschew.

*C S R* — Novotny, Antonin; Siroki, Wiljam; Dolanski, Jaromir; Simunek, Otakar; Lomski, Bogumir.

Am 24. Mai 1958 wurde folgendes Communiqué der Konferenz von Vertretern der kommunistischen- und Arbeiterparteien der Mitgliedstaaten veröffentlicht:

„Vom 20. bis 23. Mai 1958 fand in Moskau eine Konferenz von Vertretern der kommunistischen- und Arbeiterparteien der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe statt.

An der Konferenz nahmen teil: Vertreter der Partei der Arbeit Albaniens, der Kommunistischen Partei Bulgariens, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Außerdem nahmen an der Konferenz auf Einladung Vertreter der Partei der Arbeit Vietnams, der Kommunistischen Partei Chinas, der Partei der Arbeit Koreas und der Mongolischen Revolutionären Volkspartei teil.

Die Konferenz erörterte Fragen der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf der Grundlage der konsequenten Verwirklichung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sowie der rationellen Spezialisierung und Kooperierung der Produktion. Es wurde außerdem eine Information über die Tätigkeit der staatlichen Planungsorgane der sozialistischen Länder bei der Ausarbeitung der Perspektivpläne zur Entwicklung der Hauptzweige der Volkswirtschaft entgegengenommen.

Die Konferenzteilnehmer stellten einmütig fest, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern unaufhörlich festigen und immer vielseitiger werden. In den letzten Jahren erführen die Spezialisierung und Kooperierung der Produktion, besonders auf dem Gebiet des Maschinenbaus, eine bedeutende Entwicklung.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und seine Ständigen Kommissionen leisteten eine bedeutsame Arbeit zur Vorbereitung von Empfehlungen über die Aufstellung von Perspektivplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder.

Die umfassende Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die auf den Grundsätzen der völligen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Wahrung der nationalen Interessen und der sozialistischen gegenseitigen Hilfe beruht, ist für den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus von großem Nutzen und erlaubt die maximale Ausnutzung der Vorzüge des sozialistischen Weltwirtschaftssystems für die Entfaltung der Produktivkräfte eines jeden sozialistischen Landes und die Stärkung der wirtschaftlichen Macht des sozialistischen Lagers im ganzen.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß in der gegenwärtigen Zeit, in der sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern bedeutend gefestigt und umfassenden Charakter angenommen haben, die weitere Entwicklung und Vervollkommnung der Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen und die gründlichere Spezialisierung und Kooperierung der Produktion mit einander verbundener Zweige der Volkswirtschaft der Länder des sozialistischen Lagers besonders große Bedeutung erlangen.

Die richtige Organisation der Kooperierung und Spezialisierung der Produktion innerhalb des sozialistischen Lagers ermöglicht die Einsparung von materiellen Mitteln und die Steigerung der gesellschaftlichen Arbeit sowie die rationellste Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der sozialistischen Länder für die Beschleunigung des Tem-

Ferner nahmen als Beobachter an dieser Konferenz folgende Vertreter der asiatischen Staaten teil:

*A r b e i t e r p a r t e i V i e t n a m s* — Nguen Suj Tschinj, Nguan Van Tschan, Dang Viet Zsau.

*K P C h i n a s* — Tschenj Junj, Li Fu-Tschunj, E Zsitscheschuan.

*A r b e i t e r p a r t e i K o r e a s* — Kim Irgew, Ten Len, Li Den Ok.

*V o l k s r e v o l u t i o n ä r e P a r t e i d e r M o n g o l i s c h e n V o l k s r e p u b l i k* — Damba Daschijn, Zende Lubsanzerengijn.

pos der Erweiterung der sozialistischen Reproduktion. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Rohstoffzweige der Volkswirtschaft und die Energiewirtschaft bedeutend zu erweitern sowie die neueste Technik weiterzuentwickeln und in der Produktion anzuwenden.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Notwendigkeit, die Kooperierung und Spezialisierung des Maschinenbaus weiter zu verstärken: sie gibt die Möglichkeit zu einer vollkommeneren Massen- und Großserienproduktion überzugehen und damit die Produktionskosten pro Produktionseinheit beträchtlich zu senken.

Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien bestätigen einmütig die Notwendigkeit, die gewaltigen Möglichkeiten der sozialistischen Länder maximal auszunutzen und ihre gegenseitigen Interessen bei der Ausarbeitung der Perspektivpläne umfassend zu berücksichtigen sowie die gegenseitig vorteilhaften Formen der Zusammenarbeit zur Hebung des Niveaus der Industrialisierung der Länder mit wenig entwickelter Industrie zu erweitern.

Die Konferenz hält es für notwendig, die Rolle des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und seiner Organe bei der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiter zu heben.

Auf der Konferenz wurden gemeinsame Empfehlungen zu Fragen der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und der Kooperierung und Spezialisierung der Produktion sowie zu Fragen der Ausarbeitung von Perspektivplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Länder ausgearbeitet und gebilligt. Die Konferenz beschloß, diese Empfehlungen dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zur Ausarbeitung der erforderlichen praktischen Maßnahmen zu übergeben.

Die Vertreter der Parteien der Länder, die nicht dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören, brachten auf der Konferenz ihre Bereitschaft zum Ausdruck, aktiv an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern teilzunehmen sowie diese gegenseitige Zusammenarbeit in den entsprechenden Formen durch Maßnahmen zu festigen, die den konkreten Bedingungen ihrer Länder entsprechen.

Die Erörterung der Fragen, die auf der Tagesordnung der Konferenz standen, vollzog sich in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre, im Geiste brüderlichen Einverständnisses; sie zeigte die völlige Einheit der Ansichten der Vertreter der Parteien in allen behandelten Fragen.“

Schon aus diesem Communiqué ergibt sich, daß sich die Moskauer COMECON-Superkonferenz nicht allzu sehr mit konkreten Fragen beschäftigte, denn diese wurden der nachfolgenden IX. normalen Session als Aufgabe gestellt<sup>40</sup>). Es wurde dagegen eine prinzipielle Einigung über die weitere Verflechtung der Volkswirtschaft der volksdemokratischen Länder und eine noch konsequentere Verwirklichung der einheitlichen und vom COMECON zentral gelenkten Großraumwirtschaftsplanung beschlossen. Dies bestätigte auch der Leitartikel der „Prawda“ vom 26. Mai 1958, in welchem sich u. a. folgender Satz findet:

„Jetzt, da in den sozialistischen Staaten die Produktion um ein Vielfaches gestiegen ist, zahlreiche neue Industriezweige entstanden sind, die Serienproduktion von Tausenden neuer Industrieerzeugnisse aufgenommen ist und sich die Landwirtschaft stürmisch entwickelt, erhebt sich vor diesen Staaten in ihrer ganzen Größe die Aufgabe, die internationale sozialistische Arbeitsstellung weiterhin konsequent zu verwirklichen und die Produktion miteinander verbundener Zweige der Volkswirtschaft maximal zu spezialisieren und kooperieren.“

40) Wahrscheinlich bildete eine solche Frage wie der Bau einer Pipeline für die Ölversorgung der volksdemokratischen Länder eine Ausnahme. In der polnischen Tageszeitung „Sztandar Młodych“ vom 17. Juli 1958 wird berichtet, daß eben während der Moskauer COMECON-Konferenz dieses Projekt endgültig beschlossen wurde. Der Bau der Pipeline wird zum „Jugendbau“ der volksdemokratischen Länder erklärt, da er mit Hilfe von Arbeitskräften aus den Jugendorganisationen verschiedener volksdemokratischer Länder durchgeführt werden soll.

Einige Wochen danach, zwischen dem 26. und 30. Juni 1958 fand in Bukarest die IX. Session des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. Die vielseitigen Beschlüsse dieser Kommission lassen sich wie folgt zusammenfassen<sup>41</sup>):

a) In organisatorischer Hinsicht wurde beschlossen, drei neue ständige Kommissionen ins Leben zu rufen, und zwar eine ökonomische, eine für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Bauwesen und eine Kommission für Transportangelegenheiten.

b) In bezug auf die Koordinierung der Perspektivpläne wurde beschlossen, daß die einzelnen COMECON-Partner bis zu zwei Jahren vor der Feststellung der fünf- und mehrjährigen Pläne Verträge über die perspektive Zusammenarbeit abschließen sollen. Dies bedeutet eine gewisse „Dezentralisierung“, da die Verträge zwischen den Partnern meist bilateral und nur in seltenen Fällen mehrseitig sind. Die einzelnen COMECON-Partner haben dadurch eine größere Möglichkeit, eine gewisse Initiative zu entfalten. Die Vorteile dieses Beschlusses bestehen auch darin, daß jedes Land mehr als zwei Jahre vorher sich für den folgenden Fünfjahresplan Rohstofflieferungen sowie einen maximalen Absatz seiner Erzeugnisse sichert, was eine Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung auf lange Jahre hinaus von vornherein garantieren soll.

c) Die Session beschäftigte sich in verstärktem Maße mit der Entwicklung der Maschinenbauindustrie. Es wurden Beschlüsse für eine noch bessere Spezialisierung im Maschinenbau der Mitgliedstaaten vorgenommen, man widmete der Verbesserung der Serienproduktion der einzelnen Maschinen wie auch der Einführung der modernsten Technik und der Auswertung des wissenschaftlichen Fortschritts im Maschinenbau viel Interesse.

b) In bezug auf die Koordinierung der Perspektivpläne wurde betrieblich-technischen Zusammenarbeit der COMECON-Partner beschlossen — so soll u. a. der Austausch technischer Erfahrungen und wissenschaftlich-technischer Dokumentation vereinfacht werden.

Nach der IX. Session des Rates beginnt in der Geschichte des COMECON insofern eine neue Etappe, als jegliche Schwierigkeiten für die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedstaaten beseitigt zu sein scheinen. Durch die Dezentralisierung der Kontakte zwischen den einzelnen Partnern entsteht eine neue Praxis, die sich noch durch die Erfahrungen rechtfertigen muß, die aber nach Meinung der COMECON-Wirtschaftsexperten eine ziemlich starke Initiative bei der Verwirklichung der gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen COMECON-Partner ermöglicht.

Zusätzlich muß noch gesagt werden, daß die ersten Pläne für die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der einzelnen volksdemokratischen Länder zum ersten Male in den Jahren 1955/56 beschlossen wurden, d. h. zu einer Zeit, als die verschiedenen Fünfjahrespläne in den einzelnen volksdemokratischen Ländern einschließlich der Sowjetunion bereits liefen. Dieses führte damals zu verschiedenen Veränderungen in den einzelnen Fünfjahresplänen, die Plansolls wurden verringert, und es setzte sich der Gedanke durch, sich anstelle der Belastung der Wirtschaft in den einzelnen Ländern mit den Anstrengungen zur Erfüllung der übertriebenen Plansolls mehr Kooperierung und Spezialisierung im Sinne einer Großraumplanung zu widmen. Wie schon gesagt wurde, konnten so wesentliche Erfolge auf diesem Sektor erzielt werden. Die Beschlüsse der IX. Session änderten die Situation derart, daß schon jetzt die Pläne für eine gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftspläne 1961/65 ausgearbeitet werden und ehestens bis Mitte des kommenden Jahres, d. h. eineinhalb Jahre vor Beginn der kommenden Fünfjahrespläne fertiggestellt sein sollten.

41) Nach „Trybuna Ludu“ vom 2. und 3. Juli 1958. Die Teilnehmer an dieser Konferenz waren: Albanien — erster stellv. Vors. d. Ministerr. S. Koleka, Bulgarien — Vorsitzender der staatl. Plankommission R. Christosoff, CSR — erster stellv. Vorsitzender des Ministerr. J. Dolanski, DDR — stellv. Vors. d. Ministerr. B. Leuschner, Polen — stellv. Vors. d. Ministerr. P. Jaroszewicz, Rumänien — stellv. Vors. d. Ministerr. A. Birladeanu, Ungarn — erster stellv. Vors. d. Ministerr. A. Apro, UdSSR — stellv. Vors. d. Ministerr. I. Kusijmin. Außerdem waren anwesend die Vertreter der staatl. Plankommissionen verschiedener Ministerien und Wirtschaftsexperten. Als Beobachter waren Vertreter Chinas, Koreas und der Mongolei sowie Vietnams anwesend.

## 2. Die Rolle des Handels

Wie bereits mehrmals erwähnt wurde, so ist der COMECON nicht mehr eine bloße Handelsorganisation wie in der Stalin-Ära. Er hat heute einen ganz anderen Charakter, und mit Hilfe völlig neuer Methoden und Formen der Zusammenarbeit bemüht er sich in erster Linie um die Produktionspläne der volksdemokratischen Länder. Das bedeutet jedoch keinesfalls, daß sich die Rolle des Handelsaustausches innerhalb der COMECON-Partner inzwischen vermindert hat. Aufgabe unserer Ausarbeitung wird es nicht sein, die Frage des Handelsaustausches in seiner Gesamtheit besonders zu behandeln, es ist hier vielmehr wichtig, auf jene Veränderungen im Handel der COMECON-Partner hinzuweisen, die im Zusammenhang mit den neuen Richtlinien seit 1956 stehen.

So ist zuerst festzustellen, daß der Handelsaustausch zwischen den COMECON-Partnern ebenfalls in einer Phase der „perspektiven Handelsabkommen“ eingetreten ist. Diese Handelsabkommen werden zwischen den einzelnen volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion auf lange Sicht ausgearbeitet, oder sind bereits unterzeichnet. So z. B. umfaßt der letzte Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR Pläne für einen Handelsaustausch bis 1960. Als zweites Charakteristikum der neuen Situation bleibt die Tendenz zu einer stetigen Vergrößerung des spezifischen Gewichtes des Handels der Mitgliedstaaten untereinander und zur Erweiterung des spezifischen Gewichtes des Außenhandels mit der Sowjetunion. In der letzten Entwicklung hat sich jedoch die Struktur des Handels zwischen der Sowjetunion und den anderen COMECON-Partnern auf interessante Weise verändert, obwohl das Charakteristikum aus der Stalin-Ära, nämlich die Abhängigkeit der volksdemokratischen Länder von den sowjetischen Rohstoffen in vollem Umfang bestehen blieb. Schließlich sind die Veränderungen, welche in der Art und Weise der gegenseitigen Abrechnungen — besonders der Volksrepubliken der Sowjetunion — zustande gekommen sind, von besonderer Wichtigkeit.

Kürzlich veröffentlichten sowjetische Quellen einige genaue Informationen über die jüngsten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern. Die offizielle Tabelle<sup>42)</sup> darüber verdient hier veröffentlicht zu werden, da sie in klarer Weise nicht nur die Dynamik der Handelsbeziehungen der COMECON-Partner,

sondern auch die Rolle des „sozialistischen Weltsystems“ und des spezifischen Gewichtes des Handels der einzelnen volksdemokratischen Länder mit der Sowjetunion zeigt. Diese, die Angaben über die Handelsbeziehungen mit den dem COMECON nicht angehörigen volksdemokratischen Ländern mit einschließende Tabelle, ergibt das nebenstehende Bild.

Was die Struktur des sowjetischen Handels mit den volksdemokratischen Ländern anbelangt, so ist die Sowjetunion weiterhin Hauptlieferant von Rohstoffen. 1956 exportierte sie 2 100 000 Tonne Eisen, Walzeisen und Rohre dorthin. Von im Jahre 1956 exportierten 5,6 Millionen Tonnen Kohle und Anthrazit und 2 Millionen Tonnen Koks gingen 2,5 Millionen Tonnen an die DDR (die anderen COMECON-Partner werden weiterhin mit polnischer Steinkohle und Koks versorgt). 1956 verkaufte die UdSSR 310 000 Tonnen Baumwolle ins Ausland, vier Fünftel davon entfallen auf die volksdemokratischen Länder. Die DDR erhielt 82 000 Tonnen, Polen 66 000 und die CSR 44 000 Tonnen.

Dies sind die wichtigsten Rohstoffe, welche die Sowjetunion an die COMECON-Länder liefert. Für die volksdemokratischen Länder ist diese Abhängigkeit von der Sowjetunion doppelt unangenehm — einmal bedeutet sie einen ausschlaggebenden Hebel zur Regulierung einiger lebenswichtiger Zweige ihrer Volkswirtschaft, einen Hebel, der völlig in Händen Moskaus bleibt. Nicht minder wichtig ist aber auch der zweite Grund, nämlich die wachsenden Schwierigkeiten der Sowjetunion selbst in der Rohstoffversorgung. Bereits 1957 hat sich gezeigt, daß ein krasses Mißverhältnis zwischen der sowjetischen Industrie-Kapazität und der Rohstoffbasis besteht. Es wurden gewaltige Maßnahmen für den Abbau der Rohstoffbasis, hauptsächlich in Sibirien und den östlichen Rayons getroffen, aber die sowjetischen Experten geben selbst zu, daß erst in zehn bis fünfzehn Jahren eine ausreichende Erschließung hauptsächlich der sibirischen Bodenschätze möglich sein wird und damit die Behebung der Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung. Zur Zeit wirft jede Schwankung in der Rohstoffversorgung in der Sowjetunion automatisch ihren Reflex auf die Volkswirtschaft der volksdemokratischen Länder.

Aber auch eine große Veränderung in der jüngsten Struktur des Handels der COMECON-Partner ist festzustellen. Letzthin sind alle europäischen Mitgliedstaaten Hauptlieferanten von Maschinen und Ausrüstungen an die Sowjetunion geworden. Während 1946 die Importe von Ausrüstungen weniger als 2 Prozent der sowjetischen Importe aus den volksdemokratischen Ländern betragen, so stellten sie 1956 ein Viertel des gesamten sowjetischen Imports aus diesen Staaten dar. 1955/1956 betrug der Import von Ausrüstungen aus den Satellitenstaaten 5,6 Milliarden Rubel, was 76 Prozent des gesamten Importes an Ausrüstungen in der Sowjetunion während dieser zwei Jahre bedeutet<sup>43)</sup>. Eine besondere Position bei diesen Lieferungen nimmt die DDR ein, die ungefähr die Hälfte davon stellt.

Für die Entwicklung des Handels innerhalb der COMECON-Partner spielt der bereits erwähnte Beschluß der VIII. Session des Rates eine große Rolle. Die Abrechnungen werden in sowjetischen Rubeln auf der Basis ihres Goldwertes vorgenommen, in Rubeln werden auch die Werte der übrigen Waren sowie alle Kredite ausgedrückt. Am System des multilateralen Clearing-Verkehrs sind die Emissionsbanken aller COMECON-Länder beteiligt, die wichtigsten Verrechnungen werden jedoch in der Staatsbank der Sowjetunion vorgenommen. Die Handelsaktionen werden bis jetzt im großen und ganzen von den bilateralen Abkommen beherrscht, aber die jüngste Praxis zeigt, daß auch mehrseitige Clearingabrechnungen für die COMECON-Partner vorteilhaft sind. Besonders interessant sind einige dreiseitige Abrechnungen, wie z. B. Sowjetunion-Polen-Finnland oder Sowjetunion-Tschechoslowakei-Burma. Die Vorteile dieser multilateralen Clearingabkommen liegen in der

Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokratien						
	1950		1955		1956	
	Mil-liarden Rubel	% der Gesamtheit	Mil-liarden Rubel	% der Gesamtheit	Mil-liarden Rubel	% der Gesamtheit
UdSSR gesamter Außenhandel	13.0	100.0	26.1	100.0	29.1	100.0
Handel mit sozialistischen Ländern	10.5	81.1	20.7	79.4	22.1	75.8
darunter:	Millionen Rubel	Millionen Rubel	Millionen Rubel			
Albanien	62	0.5	83	0.3	105	0.4
Bulgarien	667	5.1	995	3.8	1 012	3.5
Ungarn	841	6.5	1 047	4.0	991	3.4
DDR	1 383	10.6	3 940	15.1	4 791	16.4
Vietnam	—	—	1.4	0.1	14.9	0.1
Nordkorea	450	3.5	507	1.9	637	2.2
China	2 306	17.7	5 567	21.3	5 989	20.5
Mongolei	330	2.5	702	2.7	631	2.2
Polen	1 806	13.9	2 874	11.0	2 562	8.8
Rumänien	1 013	7.8	1 910	11.4	3 081	10.6
Jugoslawien	—	—	136	0.5	475	1.6

42) „Vnieschnaja torgovla“ Nr. 11, November 1957, S. 46. Diese Nummer ist eine außerordentlich wichtige Unterlage für die jüngste Entwicklung des sowjetischen Außenhandels. Allein vier Artikel beschäftigen sich mit Handelsproblemen unter dem Aspekt der neuen Richtlinien des COMECON: 1. Dudinskij „Entwicklung des Weltwirtschaftssystems des Sozialismus“, 2. W. Asow, D. Fokin „Entwicklung des Außenhandels der UdSSR im Jahre 1956“, 3. W. Solotarew „Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit den sozialistischen Ländern“ und W. Spandarjan „Unser Handel mit den Ländern Südostasiens und des Nahen Ostens“.

43) Alle Angaben aus der erwähnten Nummer der „Vnieschnaja torgovla“; Angaben über die Importe von Ausrüstungen ebd. S. 51.

Möglichkeit, daß das Schuld-Saldo auf Grund der Verrechnungen mit dem anderen Partner beglichen werden kann<sup>44</sup>).

Jedenfalls wurde während der VIII. COMECON-Session beschlossen, den Verrechnungsgang zur Klärung der multilateralen Zahlungsbilanzen so zu vereinfachen, daß auf diesem Gebiet die Schwierigkeiten der einzelnen Mitglieder auf ein Minimum reduziert werden können.

### 3. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Ähnlich wie auf dem Handelssektor traten in der jüngsten COMECON-Epoche entsprechende Veränderungen auch bezüglich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf. Diese Form wird besonders in den letzten Monaten sehr stark forciert und es scheint, daß diesmal die volksdemokratischen Länder eine Erweiterung dieser Zusammenarbeit verlangen. Das wichtigste Charakteristikum der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der COMECON-Partner während der Stalin-Ära, nämlich die Besetzung der Schlüsselstellungen in der Wirtschaft mit sowjetischen Beratern und Experten, besteht nicht mehr, obwohl auch heute noch eine ziemlich beschränkte Anzahl sowjetischer Fachleute in den volksdemokratischen Ländern tätig ist; dagegen scheint der Austausch von wissenschaftlichen Dokumenten äußerst rege zu sein.

Offiziellen Nachrichten vom Anfang dieses Jahres zufolge, arbeiteten 1957 — 2 000 sowjetische Spezialisten in den volksdemokratischen Ländern und 2 500 Spezialisten aus diesen Staaten in der Sowjetunion.

## IV. Die organisatorische Struktur des COMECON

Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ hat seinen ständigen Amtssitz in Moskau. Sein höchstes Organ ist die *S e s s i o n d e r R a t s t e i l n e h m e r*. Jeder Partnerstaat wird im Rat durch einen Bevollmächtigten vertreten, und es ist fast ein Gesetz, daß derselbe ein stellvertretender Vorsitzender des jeweiligen Ministerrates ist, der in Moskau seinen ständigen Vertreter hat. Die laufenden Arbeiten werden von einem Sekretariat erledigt, das ebenfalls in Moskau amtiert und durch bevollmächtigte Vertreter in ständigem Kontakt mit allen übrigen COMECON-Partnern bleibt.

Während der COMECON-Session von 1956 wurde, wie wir bereits wissen, beschlossen, sogenannte *s t ä n d i g e K o m m i s s i o n e n* zu gründen. Deren Zahl betrug 1956 — 13 und durch Beschluß der IX. Session von 1958 wurde sie auf 16 erhöht. Die ständigen Kommissionen haben ihren Sitz in den Hauptstädten einzelner Länder und ihre Aufgabe ist, die Koordinierung und Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten durchzuführen. Sie haben meistens zahlreiche *s t ä n d i g e U n t e r a u s s c h ü s s e*, die noch stärker spezialisiert sind, z. B. besitzt die ständige Kommission für Maschinenbau einen Unterausschuß für Werkzeugmaschinen usw. Außerdem gibt es sogenannte *z e i t w e i l i g e* Unterausschüsse, welche sich nur mit aktuellen Problemen beschäftigen und nur so lange, als dies zweckmäßig erscheint. Schließlich bestehen noch verschiedene *A r b e i t s g r u p p e n*, die sich mit Problemen beschäftigen, welche in Wirklichkeit zur Kompetenz der ständigen Kommissionen gehören. Neben den Konferenzen der ständigen Kommissionen, Unterausschüssen usw. gibt es Sonderkonferenzen, zu denen die Vertreter verschiedener ständiger Kommissionen oder Unterausschüsse eingeladen werden, wenn das Thema der Konferenz sie auf irgendeine Weise angeht.

Die Tätigkeit des COMECON wird in Wirklichkeit den ständigen Kommissionen übertragen. Es erscheint deshalb von Wichtigkeit, auf Grund der Auswertung verschiedener offizieller Quellen einen Einblick in deren Tätigkeit zu vermitteln.

44) Beste Quelle bezüglich der Organisation der Clearing-Abrechnungen zwischen den COMECON-Partnern ist die bereits erwähnte Arbeit in „Dienieschnoja obraschtschenije i kredit SSSR“, von Gosfinisdat, Moskau 1957, S. 438—444. — Streitigkeiten in den Handelsbeziehungen werden durch die Schiedskommission bei der Unionshandelskammer der UdSSR geschlichtet. Darüber genauer in „Vnischnaja torgovla“ Nr. 5, S. 16—21.

Während der gesamten Zeit des Bestehens des Rates und vielleicht noch einige Jahre vor 1949 hat die Sowjetunion insgesamt 9 000 Dokumente über verschiedene industrielle Projekte, Maschinen usw. anderen Mitgliedstaaten übergeben. Zur gleichen Zeit erhielt sie von diesen über 2 000 ähnliche Dokumente. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen COMECON-Partnern ist dezentralisiert. 200 sowjetische Institute stehen diesbezüglich in Verbindung mit 250 Instituten in den volksdemokratischen Ländern.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit scheint die Schulung von Experten eine besonders wichtige Rolle zu spielen. Zu Beginn des Jahres 1958 gab es auf den höheren Schulen der Sowjetunion über 14 000 Studenten-Aspiranten aus den volksdemokratischen Ländern (diese Zahl enthält auch Studenten aus den asiatischen Volksdemokratien, die also dem COMECON nicht angehören)<sup>45</sup>).

Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren versuchte, die frühere Diskriminierung und Ausbeutung der volksdemokratischen Länder auf diesem Sektor durch einen neuen Arbeitsstil zu ersetzen. Die sowjetische Presse betont, daß nicht nur die Sowjetunion den volksdemokratischen Ländern sondern auch diese ihr weitgehend helfen. Die gesamte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist aber in erster Linie der Koordinierung der Perspektivpläne untergeordnet, und besonders die IX. Session hat verschiedene Maßnahmen zu einer Erweiterung dieser Zusammenarbeit getroffen.

Kommission für:

#### 1. M a s c h i n e n b a u :

Sie besteht seit 1956 und hat, nach einigen Quellen, ihren Sitz in Prag. Die erste Sitzung fand im September 1957 daselbst statt und sie beschäftigte sich in erster Linie mit der Festlegung des zukünftigen Arbeitsprogrammes der Kommission. Anwesend waren die Vertreter aller COMECON-Partner. Die nächste Sitzung wurde im Dezember 1957 wiederum nach Prag einberufen — Thema war die Spezialisierung im Bau landwirtschaftlicher Maschinen und Lastautos. Besondere Referate behandelten die Beseitigung von Fehlkonstruktionen und die Auswertung der letzten Erfindungen. Inzwischen ist auch die Tagung verschiedener Unterausschüsse bekanntgeworden, wie z. B. für Werkzeugmaschinen im Juli 1957 in Budapest.

#### 2. G e o l o g i e

Sie besteht gleichfalls seit 1956, über ihren Sitz fehlen genauere Angaben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich derselbe in Moskau befindet.

#### 3. R o h ö l u n d E r d g a s

Sie besteht seit 1956 mit ständigem Sitz in Bukarest, wo auch die erste Sitzung im Dezember 1957 stattfand. Ein Projekt für den Bau einer Pipeline aus der Sowjetunion in die DDR über Polen, mit einer Abzweigung nach der Tschechoslowakei, wurde diskutiert.

#### 4. S c h w a r z m e t a l l u r g i e

Sie besteht seit 1956, ständiger Sitz ist Moskau, wo die erste Sitzung im Dezember 1957 stattfand.

#### 5. B u n t m e t a l l u r g i e

Besteht ebenfalls seit 1956, ständiger Sitz in Budapest. Die erste Sitzung fand im Juni 1957 in Anwesenheit von Vertretern der DDR, Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Ungarns statt und beschäftigte sich in erster Linie mit statistischen Angelegenheiten in der

45) Alle Angaben nach „Prawda“ vom 25. März 1956, D. Dehtiarj „Brüderliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder“; außerdem enthält „Vnischnaja torgovla“ Nr. 11, S. 24—34 die offiziellen Angaben über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der COMECON-Partner. Dort befindet sich auch eine detaillierte Tabelle über den Austausch und die Arten der wissenschaftlich-technischen Dokumentation zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern.

Buntmetallurgie. Die nächste Zusammenkunft im Oktober 1957 beschäftigte sich mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, mit der Modernisierung der Buntmetallindustrie und der Ausarbeitung eines zukünftigen Arbeitsplanes.

#### 6. Chemische Industrie

Sie besteht seit 1956, ständiger Sitz ist Moskau. Ihre erste Sitzung fand in Anwesenheit aller COMECON-Partner im Januar 1958 statt. Hauptthema war die Kunststoffindustrie.

#### 7. Landwirtschaft

Sie besteht seit 1956, Sitz ist Sofia. Die erste Sitzung fand im Mai 1957 statt. Themen waren die Festlegung des Arbeitsplanes für den Perspektivplan der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auf zehn bis fünfzehn Jahre, ferner Probleme der Mechanisierung der Landwirtschaft, Austausch von Erfahrungen der Sowjetunion, CSR, DDR auf dem Gebiet der Mechanisierung der Landwirtschaft, Austausch von Erfahrungen und wissenschaftliche Zusammenarbeit hauptsächlich auf dem Sektor der Samenauslese und Viehwirtschaft. Im Juli tagte in Budapest ein Arbeitsausschuß für Landwirtschaftsausstellungen dieser Kommission, an welchem neben allen COMECON-Partnern auch Beobachter aus Nordkorea und der Mongolei anwesend waren. Hauptthema: Fragen der Landwirtschaftsausstellung im Jahre 1958. Im September 1957 tagte die Redaktion der „Internationalen Landwirtschaftsrundschau“, dem Organ der ständigen Kommission. Die nächste Tagung der Kommission fand im November statt, auf ihr wurde der Beschluß über die Spezialisierung in der wissenschaftlichen Arbeit gefaßt. Einzelne Partner werden sich auf Experimente mit einigen Pflanzensorten beschränken. Weitere Themen: wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch über die Saatgutzucht.

#### 8. Forstwesen

Sie besteht seit 1956, Sitz ist Bukarest. Hauptthema: Ausarbeitung des zukünftigen Arbeitsprogrammes, Probleme des Waldschutzes, mechanische Anlage von Baumschulen. Anwesend waren die Vertreter aller COMECON-Partner.

#### 9. Elektroenergie

Sie besteht seit 1956, ständiger Sitz ist Moskau. Erste Tagung im September 1957. Hauptthemen: Energieaustausch zwischen den volksdemokratischen Ländern, wissenschaftliche Zusammenarbeit. Als besonderes Thema wurde die Frage der Auswertung der Donau-Wasserkraft erörtert.

#### 10. Außenhandel

Über die Tätigkeit dieser Kommission bestehen keine offiziellen Angaben. Auf Grund verschiedener Indizien ist anzunehmen, daß sich der Hauptsitz in Moskau befindet. Aus einigen Informationen ist zu entnehmen, daß Anfang Juli in Zidlochvice bei Brünn in der CSR eine Konferenz der Kommission stattfand. Neben den Vertretern der COMECON-Länder waren auch Beobachter aus China und Jugoslawien anwesend. Hauptthema: Die Organisierung der internationalen Handelsmesse in Brünn.

#### 11. Koordinierung und Lieferung von kompletten Objekten

Angaben über diese Kommission fehlen gänzlich.

#### 12. Kohle

Sie besteht seit 1956, Sitz ist Warschau. Die letzte bekannte Sitzung fand im Oktober 1957 statt, Angeblich ist dies eine der am stärksten ausgebauten Kommissionen, bei welcher in erster Linie die enge Zusammenarbeit zwischen Polen, der DDR und der Tschechoslowakei erörtert wurde.

#### 13. Holz, Zellulose und Papier

Sie besteht seit 1956, Sitz ist Moskau (oder Budapest). Erste Tagung im April 1957 in Moskau, Ausarbeitung des Arbeitsprogrammes, wissenschaftliche Zusammenarbeit und Austausch technischer Dokumente. Als besondere Themen wurden behandelt: Auswertung des Schnittholzes und der Schnittholzabfälle, sowie die Frage der Spezialisierung in der Möbelindustrie. Die zweite Sitzung fand im Oktober 1957 in Budapest statt. An dieser Konferenz waren neben Vertretern aller COMECON-Länder auch Beobachter aus Nordkorea anwesend. Hauptthema: die Bestätigung des Arbeitsplanes, Beschluß über die Herausgabe eines ständigen Informationsblattes der Kommission, Austausch von Informationen über die Perspektivpläne der Holz- und Papierindustrie in den einzelnen Ländern. Die Teilnehmer besichtigten das Forschungsinstitut für die Papierindustrie und die Papierfabrik in Tschepele.

#### 14. Ökonomische Kommission

Diese besteht seit 1958 — genauere Angaben fehlen.

#### 15. Bauwesen

Sie besteht seit 1958 — genauere Angaben fehlen.

#### 16. Transportwesen

Sie besteht seit 1958, genauere Angaben fehlen. Es ist lediglich bekannt, daß seit 1956 ein Unterausschuß bestand, der sich mit den Problemen des Straßentransportes beschäftigte und im August 1957 in Sofia eine Tagung abhielt. Ihr Hauptthema war die Verbesserung des Schienentransportwesens. Der Unterausschuß gehört jetzt der ständigen Kommission für Transportwesen an.

Wie bereits erwähnt, bestehen außerdem ständige oder zeitweilige Unterausschüsse, die auf der Basis einer Zusammenarbeit zwischen mehreren ständigen Kommissionen arbeiten. Erwähnenswert ist der ständige Ausschuß für Ingenieurwesen, dessen letzte Tagung in Prag im September 1957 durch die Presse bekannt wurde.

Als Prinzip gilt die Notwendigkeit der Erzielung einer Einigung zwischen allen Partnern, nicht nur im höchsten Organ des COMECON — der Ratstagung — sondern auch in allen seinen ständigen Kommissionen und anderen Apparaten. Als Gesetz gilt, daß die primär Beteiligten in allen Angelegenheiten einig gehen <sup>46)</sup>.

46) Alle Angaben auf Grund der laufenden Auswertung der sowjetischen Presse und der einiger volksdemokratischer Länder. Über die Struktur des COMECON gibt das bereits erwähnte Interview des Leiters der Plankommission Polens, S. Jedrychowski, aus 'Trybuna Ludu' vom 9. November 1957 Aufschluß.

## Zusammenfassung

Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ bleibt also weiterhin ein ausschlaggebendes Organ für die wirtschaftliche Integrierung der osteuropäischen Länder. Während er sich in der Stalin-Ära in erster Linie auf den Handelsaustausch konzentrierte, wandelte er sich jetzt in ein Organ, welches sich vordringlich mit den Produktionsproblemen beschäftigt. Seine Ziele werden durch die wissenschaftliche Perspektivplanung, Kooperierung und Spezialisierung der Volkswirtschaft der COMECON-Partner erreicht. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt, daß die Initiatoren alles zu unternehmen versuchen, um eine elastische Arbeit für einen so weit ausgebauten Apparat, wie ihn der Rat heute darstellt, zu sichern. Um Schwerfälligkeiten zu vermeiden, konzentriert sich der Rat nicht auf die Koordinierung der Pläne der gesamten Volkswirtschaft, sondern in erster Linie der wichtigsten Wirtschaftszweige. Dabei ist eine gewisse „Dezentralisierung“, auch als Hilfsmaßnahme im Kampf gegen eine Schwerfälligkeit in der Arbeit des Rates, gedacht. Es handelt sich dabei um verschiedenartige Maßnahmen. Z. B. fand in den letzten Monaten fast in allen volksdemokratischen Ländern eine Reform der Wirtschaftsleitung der Industrie und des Bauwesens statt. Sie unterscheidet sich in einzelnen Ländern wesentlich, aber das Prinzip, des Entstehens von mehreren Objekten und der entsprechenden „Reifung“ verschiedener Pläne in der Volkswirtschaft der einzelnen Länder, welches der Kompetenz der unteren Organe übertragen wird, ist typisch für alle diese Reformen. Die Tätigkeit des Rates ist dadurch wesentlich erleichtert, daß er sich nicht unbedingt mit dem industriellen Ausbau im Einzelnen beschäftigen muß. Hinzu kommt noch die Forcierung der bilateralen Verträge, welche eine gewisse Initiative hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit derselben gewährleisten.

Eine neue Praxis, nämlich die der gemeinsamen Verwirklichung einiger Pläne auf Grund von Verträgen zwischen den Nachbarstaaten, ist ebenfalls eine Gewähr für eine maximale Elastizität des Rates. So bauen z. B. Rumänien, die DDR, die CSR und Polen zusammen ein Zellulose-Kombinat zur Auswertung des Donauschiffes in Braila (Rumänien). Ungarn und Rumänien erweitern einen Betrieb für Sodaerzeugnisse in Okna-Murisch, beide Länder arbeiten auch bei der Auswertung der rumänischen Erdgase zusammen. Polen, die DDR und die CSR werten gemeinsam die polnische Braunkohle aus. Fast alle COMECON-Partner beteiligen sich an der Verwirklichung des Oder-Donau-Kanales, wobei auch eine enge Zusammenarbeit mit Österreich und Jugoslawien erforderlich ist.

Der Versuch, die Arbeit des COMECON „operativer“ zu gestalten, spiegelt sich noch in der Rollenverteilung der industriell entwickelten Partner wider. Im allgemeinen gilt die These, daß es Aufgabe des COMECON ist, eine gleichmäßige industrielle Entwicklung in Zukunft zu schaffen. Vorläufig aber teilen sich die Mitgliedstaaten in industriell hochentwickelte — d. h. Sowjetunion, DDR und Tschechoslowakei — und industriell zurückgebliebene. Es gilt die These, daß die entwickelten COMECON-Partner gewisse Opfer zur Hebung der Zurückgebliebenheit anderer Partner zu bringen haben. Bei Beobachtung der letzten Entwicklung kann man dabei folgende Rollenverteilung feststellen: die beiden industriell hochentwickelten Länder, DDR und CSR, versuchen eine Hebung des polnischen Wirtschaftsniveaus zu bewerkstelligen, wohingegen die Sowjetunion der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Partner besondere Aufmerksamkeit widmet.

Den COMECON muß man also in erster Linie als Organ für die wirtschaftliche Zusammenschließung der volksdemokratischen Länder mit der Sowjetunion und als ein Organ zur Hebung der wirtschaftlichen und politischen Macht des „sozialistischen Weltsystems“ betrachten. Auch hier kann man eine gewisse „Sublimierung“ der COMECON-Ziele, verglichen mit der Stalin-Ära, erkennen. Damals, als die Sowjetunion mehr daran interessiert war, von den volksdemokratischen Ländern möglichst viel herauszuholen und möglichst wenig zu geben, war der COMECON ausschließlich ein Instrument der sowjetischen Staatspolitik und dies, wie wir schon mehrmals gesagt haben, mit einer ziemlich begrenzten Stoßrichtung: Unterordnung des Handels der Satellitenstaaten unter Moskau. Heute sind seine höhe-

ren Ziele vorherrschend, die Interessen des „sozialistischen Weltsystems“, die Verwirklichung der „Prinzipien des sozialistischen Internationalismus“.

Aber trotz dieser Sublimierung besitzt die Sowjetunion weiterhin eine privilegierte Position. Dies zeigt sich in erster Linie in der Frage der selbständigen Wirtschaftspolitik: der COMECON bemüht sich stets, die Fünfjahrespläne der einzelnen Partner voneinander abhängig zu machen, während die Pläne der volksdemokratischen Länder an die sowjetischen „nur angeglichen“ werden sollen. Die Bemühungen der Sowjetunion, den COMECON ihren eigenen Staatsinteressen unterzuordnen, wurden immer deutlicher, besonders in der letzten Zeit, nachdem es ihr nach der November-Erklärung der kommunistischen- und Arbeiterparteien in Moskau gelang, die führende Rolle der KP und des sowjetischen Staates wiederherzustellen. So z. B. räumte der COMECON während der letzten IX. Bukarester Session der Frage der Produktionssteigerung in der Maschinenbauindustrie besonders viel Platz ein. Nach Ankündigung verschiedener Pläne, in erster Linie solcher für eine rapide Verbesserung der sowjetischen chemischen Industrie, sowie auch für die Industrialisierung der östlichen Rayons der Sowjetunion, benötigt Moskau dringendst Ausrüstungen und Maschinen aus den volksdemokratischen Ländern. Es ist eine primäre wirtschaftliche Aufgabe des COMECON, diese zu stellen.

Ein besonderes Kapitel bilden die Beziehungen der Mitgliedstaaten zur Volksrepublik China. Wie bekannt, gehört China dem Rate nicht an. Aber durch die Teilnahme der chinesischen Beobachter an den Sessions des Rates, wie auch durch verschiedene Erklärungen, demonstrierte Peking mehrmals sein großes Interesse am COMECON. Immer wieder schreiben sowjetische Quellen ganz offen, daß es eine der Aufgaben des COMECON ist, die organisierten und koordinierten Leistungen seiner Mitgliedstaaten für die VR China planmäßig durchzuführen. Die Nichtzugehörigkeit Chinas zum COMECON wird auf mannigfaltige Art begründet: So berufen sich verschiedene sowjetische Theoretiker auf die These, daß im „sozialistischen Weltsystem“ nur die Sowjetunion und China alle Voraussetzungen für eine vollkommene Volkswirtschaftspolitik besitzen. Daraus ergibt sich als Konsequenz, daß, während die anderen volksdemokratischen Länder als Hauptaufgabe ihrer Wirtschaftspolitik die Koordinierung mit der UdSSR und anderen Partnern sehen müssen, China den Ausbau seiner eigenen Volkswirtschaft ohne eine solche Abhängigkeit betreiben kann.

Man kann dies auch als einen Beweis für die ziemlich selbständige politische Position der VR China innerhalb des Ostblocks auslegen. Aber außer Zweifel muß die These bleiben, daß zur Aufgabe des COMECON, des Organes für den Zusammenschluß, die Erhöhung der Macht des sozialistischen Weltsystems, die Forcierung einer planmäßigen Zusammenarbeit mit der VR China und anderen asiatischen volksdemokratischen Ländern gehört.

Der COMECON ist aber auch ein Instrument der wirtschaftlichen Expansion des „sozialistischen Weltsystems“. Darüber schreiben die sowjetischen Quellen ganz offen<sup>47)</sup>: *Die Übereinstimmung der Volkswirtschaftspläne zwischen den dem sozialistischen Weltsystem angehörigen Ländern vergrößert deren Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Völkern, die sich aus der Sklaverei des Kolonialismus befreien. Sie verstärkt die Positionen der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Verbindungen mit der kapitalistischen Welt.* So sehen wir, daß die Zusammenarbeit mit den zurückgebliebenen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, wie auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der westlichen Welt, ebenfalls zu den Aufgaben des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ gehören. Dieses Thema bildet ein Kapitel für sich, es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der COMECON besondere Chancen hat, um jegliche Konkurrenz, den „Parellelismus“ und ähnliche Erscheinungen auszuschalten.

47) „Meshdonarodnaja shisnj“, Nr. 4, 1958, S. 50, O. Bogomolow.

Wichtig wäre es jedoch noch, daran zu erinnern, daß sich das Experiment des COMECON noch im Anfangsstadium befindet. Die Arbeitsmethoden und -ziele der Stalin-Ära gehören der Vergangenheit an. Während der Übergangsperiode zwischen 1953 und 1956 kristallisierte sich ein neues Gesicht des Rates heraus, 1956 wurden erste ernste Versuche im Sinne einer Großraumintegration unternommen — zu einer Zeit als die Fünfjahrespläne überall bereits liefen. Die IX. Session hat zum ersten Male Pläne ausgearbeitet, deren Verwirklichung eine Perfektionierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den neuen Fünfjahresplänen bringen könnte, daß heißt: von 1961 an. De facto dauert diese Übergangsperiode heute noch an, und die jüngste Entwicklung bleibt weiterhin nur eine Vorbereitung für eine zukünftige „perfekte“ Tätigkeit des COMECON. Viele Schwierigkeiten scheinen in Kürze nicht behoben werden zu können, darunter auch solche prinzipielle Fragen wie die Preisgestaltung innerhalb des „unabhängigen demokratischen Marktes“.

In den volksdemokratischen Ländern tauchten gerade in den letzten Tagen Stimmen auf, welchen zu entnehmen ist, daß als Grundlage für die Rohstoffpreise bei den Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern bis heute noch die

Weltmarktpreise gültig sind, und daß dies ein Nachteil für die Volkswirtschaft der einzelnen Länder bleibe<sup>48)</sup>.

Die Erfahrung wird zeigen, wie weit sich die Richtlinien des COMECON verwirklichen lassen. Man kann jedoch schon heute sagen, daß mannigfaltige Widersprüche ernste Gefahren für seine Entwicklung bilden. Die Integrationsmaßnahmen stoßen auf die Bemühungen eines jeden Volkes, seine souveränen Rechte zu wahren. Die Verflechtung der Wirtschaftspläne der einzelnen Partner enthält die Gefahr, daß Mißerfolge bei einem einzigen der Mitglieder schwerwiegende Kettenreaktionen für alle übrigen Staaten nach sich ziehen würde. Mit der „Perfektionierung“ des COMECON werden diese Gefahren ständig größer. Die Geschichte erst wird zeigen, ob das COMECON-Experiment gelingt.

48) Als ein besonders interessanter Artikel zu diesem Thema ist der des polnischen Journalisten M. Rakowski: „Wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder“ in ‚Zycie gospodarcze‘ vom 13. Juli d. J. zu bezeichnen. Sein Vorschlag ist, die Handelsbeziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion, die bis jetzt ausschließlich ein einfacher Austausch sind, dem die Weltmarktpreise zugrunde liegen, durch Investitionszusammenarbeit zu ersetzen. Nach Meinung R.s könnte auf diese Weise das Verfahren, die Weltmarktpreise als einzige objektive Werteinheit zu betrachten, wegfallen, und es könnten sich die Rohstoffpreise auf die durchschnittliche Akkumulation im jeweiligen Lande stützen.